Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Enquetekommission
EKPr 17/14
28.10.2019

Enquetekommission III

15. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:10 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Stefan Nacke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

„Debattenkultur durch Zivilgesellschaft stärken“ *(s. Anlage 1)* **4**

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 2)*

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Einen wunderschönen guten Morgen! Herzlich willkommen zur 15. Sitzung der Enquetekommission III. Schön, dass Sie da sind.

Ich begrüße die Mitglieder der Kommission zu unserer heutigen Sitzung. Es gibt einige krankheitsbedingte Ausfälle. Ich wünsche von hier aus eine gute Genesung.

Ich begrüße außerdem die sachverständigen Mitglieder, die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten, die eingeladenen Sachverständigen und gegebenenfalls die Medienvertreter.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nummer E 17/954 zugegangen. Diese Sitzung ist eine öffentliche Anhörung.

Ich sehe keine Einwände gegen diese Tagesordnung und rufe daher den ersten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung auf.

„Debattenkultur durch Zivilgesellschaft stärken“ *(s. Anlage 1)*

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 2)*

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Sehr geehrte Sachverständige, im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen meinen ausdrücklichen Dank für Ihre heutige Teilnahme aussprechen.

Die Enquetekommission III hat am 1. Juli 2019 beschlossen, im zweiten Halbjahr Anhörungen von Sachverständigen im Format eines Round Table mit verschiedenen Diskussionsmethoden durchzuführen. Damit soll dem Wunsch der Kommission Rechnung getragen werden, durch neue Formate einen anderen Kontext für lösungsorientierte Beratungen zu schaffen. Die Beteiligung und die Interaktion von Sachverständigen in diesem Rahmen stellen eine zentrale Informationsquelle für die Kommissionsarbeit dar.

Heute geht es um das Thema „Zivilgesellschaft und Debattenkultur“.

Die Wertschätzung einer Demokratie bemisst sich danach, wie es gelingt, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen an den Prozessen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung partizipieren zu lassen. Wie Menschen ihre Rolle in der Demokratie sehen und gestalten, wird im digitalen Zeitalter dadurch geprägt, wie sie sich digitale Technologien aneignen und wie sich öffentliche Diskurse und politische Meinungsbildung entwickeln. Digitalisierung und Vernetzung begünstigen die Entstehung von Teilöffentlichkeiten. Demokratie lebt vom öffentlichen Diskurs und der argumentativen Auseinandersetzung mit verschiedenen Problemlösungsangeboten. Dabei müssen die gesellschaftspolitisch relevanten Themen aufgegriffen und gebündelt werden. Wem dabei eine entscheidende Rolle zukommt und wie die entsprechenden Funktionen unter Berücksichtigung der Wandlungsprozesse in der politischen Kultur und im Mediensystem wahrgenommen werden, werden wir heute thematisieren. Die Herausforderung besteht darin, junge Menschen als Demokraten zu gewinnen und Ältere nicht zu verlieren.

Die Leitfrage heute lautet: Mithilfe welcher zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteure lässt sich eine landespolitische Debattenkultur etablieren, die einer weiteren Fragmentierung der Öffentlichkeit entgegenwirkt?

Der Sachverständige Herr Dr. Fuhrmann, den die FDP-Fraktion eingebracht hat, wurde von der Kommission mit der Moderation beauftragt. Er wird Ihnen Hinweise zur Methode geben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir einen Zeitrahmen von drei Stunden haben.

Ich bitte darum, dass Sie für Ihre Ausführungen immer das Mikrofon benutzen. Der Sitzungsdokumentarische Dienst erstellt ein Wortprotokoll, welches sehr wichtig für die Auswertung der Informationen ist.

Herzlichen Dank. Auf eine gute und inhaltsreiche Diskussion! – Herr Fuhrmann, Sie haben das Wort.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank für das Vertrauen in die Mitglieder der Enquetekommission, sich auf dieses Experiment einzulassen. Ich bin nicht sicher, wie häufig in den heiligen Hallen dieses Fraktionssaales bereits derartige Veranstaltungen stattgefunden haben. Wenn es um die Debattenkultur geht, liegt es nahe, zu überlegen, wie ein Format der Enquetekommission aussehen könnte, in dem die Debattenkultur gelebt und gepflegt wird. Darin liegt der Ursprung der Idee zu diesem Round Table.

Der Gegenstand dieses Round Table und der Pinnwände, auf denen wir am Ende Ideen sammeln wollen, ist die Stärkung der Debattenkultur mit dem Zusatz einer antifragmentierenden Wirkung. Es gibt somit zwei Hypothesen: Um die Debattenkultur in Nordrhein-Westfalen ist es nicht gut bestellt, und eine der unerwünschten Wirkungen ist eine zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft.

Gleichzeitig ist in der Fragestellung der Akteurskreis, nämlich die Zivilgesellschaft, genannt, von der man sich Hilfe erhofft. Wie kann die Zivilgesellschaft zur Debattenkultur beitragen? Auf der Stärkung der Debattenkultur liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Enquetekommission in diesem Herbst. Heute ist also nicht der einzige Anlass, sich diesen Themen zu widmen. Der heutige Schwerpunkt liegt auf der Frage: Wie kann die Rolle der Zivilgesellschaft dabei aussehen?

Es freut mich sehr, dass eine bunte Mischung externer Experten vertreten ist, die sich bereit erklärt haben, heute hierher zu kommen, um uns zu unterstützen und uns einen Eindruck zu vermitteln, wie man Debattenkultur zum Beispiel in der Tätigkeit als Regierungspräsidentin erlebt und wo die Zivilgesellschaft ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle spielen kann. Am Ende soll es darum gehen, Maßnahmen herauszuarbeiten, die vonseiten des Landtages ergriffen werden können, um diese zivilgesellschaftlichen Träger und öffentlichen Akteure zu unterstützen. Das ist die grobe Agenda für die nächsten 2:40 Stunden.

Bevor wir den Round Table mit den Experten eröffnen, möchte ich alle einladen, in den Kreis zu kommen. Wenn wir den Round Table mit den Experten eröffnen, fände ich es vom Setting her ganz nett – ich habe gesehen, die Stühle sind mobil –, wenn sich die übrigen Teilnehmer dazusetzen würden, um sich ebenfalls vorzustellen. Wir beginnen zunächst mit einem geschlossenen Round Table. Das heißt, jeder Experte wird zunächst die Möglichkeit haben, ein fünfminütiges Eingangsstatement zu machen. Anschließend werden wir mit den geladenen Experten eine erste Diskussionsrunde machen und danach den Round Table für alle anderen öffnen.

Ich lade Sie jetzt ein, nach vorne zu kommen. Ich möchte eine kurze soziographische Aufstellung machen. Wenn Sie möchten, können Sie gleich Ihren Stuhl mitbringen, damit Sie sich anschließend direkt in das Gespräch einbringen können.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Verstehe ich es richtig, dass wir erst einmal alle in die Mitte kommen sollen? Das ist kein Problem, das mache ich gerne.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Genau. Danach setzen wir uns alle hierhin.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Eine Familienaufstellung. Das kenne ich. Ich würde dann aber gern wieder an meinen Platz zurückkehren. Da habe ich nämlich meine Blätter, mein Wasser und meinen Kaffee.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Sie dürfen sich damit an den Round Table setzen.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Gut, dann nehme ich meine Blätter und mein Wasser mit.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Sie können Ihre Blätter gern mitnehmen, wenn Sie wollen.

Ich lade Sie jetzt alle ein, hier in das Forum zu kommen. Es ist genug Platz. Ich weiß, das ist ungewohnt, aber haben Sie keine Angst. Wir machen kein Ringelpiez mit Anfassen.

Bitte setzen Sie sich noch nicht hin. Ich möchte Ihnen noch eine Frage stellen. Meine erste Frage an Sie lautet: Woher kommen Sie? Stellen Sie sich bitte einmal entsprechend den Himmelsrichtungen auf.

> (Birgitta Radermacher [Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf]: Und Sie sind Düsseldorf?)

– Wo ich stehe, ist Düsseldorf. Es geht nicht unbedingt darum, wo Sie geboren sind, sondern woher Sie kommen. Jeder kann selbst entscheiden, ob er seinen Wohnort nimmt oder den Ort, an dem er heute Morgen losgefahren ist.

Wer ist denn heute Morgen nicht aus Nordrhein-Westfalen angereist? Woher sind Sie angereist?

> (Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel [nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin]: Aus Berlin! – Ilan Siebert [Initiative Offene Gesellschaft e. V.]: Berlin!)

– Aus Berlin. Könnten Sie Ihren Namen sagen?

Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin): Mein Name ist Hans-Liudger Dienel.

Ilan Siebert (Initiative Offene Gesellschaft e. V.): Mein Name ist Ilan Siebert.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Wer kommt sonst noch von außerhalb, also nicht aus Nordrhein-Westfalen?

(Gabriele Feyler [Initiative gesprächsbereit, Pirna]: Ich komme aus Pirna bei Dresden!)

Und Sie haben sich ganz nach hinten gestellt. Woher kommen Sie?

(Hanna Ossowski [Kanzlerin der FHöV NRW, Gelsenkirchen]: Aus Polen, aus Danzig!)

– Sehr schön. Die Frage war ganz bewusst ein bisschen ungenau gestellt.

Und welche geografische Region repräsentieren Sie?

(Alexander Trennheuser [Mehr Demokratie NRW, Köln]: Köln! Das Rheinland!)

– Sehr schön. Das ist kein Test in Geografie, sondern ein Warmwerden. – Sie sind von hier, quasi um die Ecke?

(Birgitta Radermacher [Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf]: Genau, aus Düsseldorf!)

Kommt noch jemand aus dem Ruhrgebiet oder aus einer anderen Region? Woher kommen Sie?

(Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Aus dem Münsterland!)

– Das schöne Münsterland.

Das war eine kurze Einstimmung.

Jetzt habe ich noch eine zweite Frage an Sie. Die erste Frage lautet: Wie viel Erfahrung haben Sie persönlich bereits mit Debattenkultur gesammelt? Dazu werden wir eine Art Skala machen, die von dem Tisch da hinten bis zu diesem Tisch reicht. Ich stelle die Frage bewusst erst einmal nicht wertend und frage, wie viele negative oder positive Erfahrungen Sie gesammelt haben, sondern ich möchte lediglich wissen, für wie erfahren Sie sich halten, was das Erleben oder auch den Umgang mit Debattenkultur anbelangt. Wenn Sie sagen, Sie haben schon sehr viel Erfahrung gesammelt, würden Sie tendenziell vor dem Tisch stehen. Wenn Sie sagen, die Erfahrung ist eher gering, müssen Sie sich hierhin stellen. Meine Bitte wäre, dass Sie sich hier vorne aufstellen.

(Alexander Trennheuser [Mehr Demokratie NRW, Köln]: Als Sachverständiger kann ich ja jetzt schlecht hier stehen bleiben!)

– Es geht um praktische Erfahrungen und nicht um theoretische Reflexion.

Dr. Nadja Büteführ (SPD): Wie definieren Sie Debattenkultur?

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Das wird gleich der Gegenstand der Diskussion sein. Ich meine den Umgang miteinander, den man beispielsweise in einer politischen Debatte pflegt.

Sie stehen nicht bei Ihren Kolleginnen und Kollegen. Das ist interessant. Darf ich fragen, warum?

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Ich bin noch etwas orientierungslos, weil ich nicht genau weiß, was mit Debattenkultur gemeint ist. Deshalb bin ich vorsichtig. Ich kann ja noch aufrücken.

(Heiterkeit)

Ich habe Erfahrung in parlamentarischer Debattenkultur. Aber das allein ist wahrscheinlich nicht gemeint, oder?

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Heute geht es eher um die Rolle der Zivilgesellschaft. Aber ich könnte mir vorstellen, dass es durchaus auch mit ein Aspekt ist. Ich verstehe die Arbeit der Enquetekommission auch so, dass wir immer erst das Thema eingrenzen, aber auch offen für Facetten sind. Wenn es tatsächlich eine wichtige Facette darstellt, können wir das durchaus vertiefen.

Gabriele Feyler (Initiative gesprächsbereit, Pirna): Ich habe einen Vorschlag zum Thema „Debattenkultur“. Vielleicht könnte man das in Konflikt- und Streitkultur umbenennen.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Danke für Ihren Vorschlag. Wir werden gleich darüber sprechen, wie man das Thema eingrenzen kann.

Die dritte Aufstellungsfrage – danach dürfen Sie sich wieder hinsetzen – lautet: Für wie wichtig halten Sie das Thema der Stärkung der Debattenkultur, was auch immer wir jetzt darunter verstehen? Ist das aus Ihrer Sicht das drängendste Thema, das wir im Politischen haben? Wenn Sie die Frage mit Ja beantworten, müssten Sie sich eher hier aufstellen. Wenn Sie sagen, Ihrer Erfahrung nach sind andere Themen deutlich wichtiger, würden Sie sich eher in diese Richtung aufstellen. Es geht nicht um das persönliche Erfahren, sondern um die politische Agenda. Bitte positionieren Sie sich ein letztes Mal.

(Angela Freimuth [FDP]: Ich bin jetzt die Mitte! – Heiterkeit)

Das ist eine gute Voraussetzung für eine spannende Diskussion, die wir gleich führen werden.

Ich bitte die eingeladenen Sachverständigen nun, sich, wenn möglich, für die Fishbowl-Diskussion in die Mitte zu begeben. Die übrigen Teilnehmer können gern auf ihren Plätzen bleiben. Sie dürfen aber auch mit ihrem Stuhl in der Nähe des Kreises Platz nehmen.

Wir werden zu Beginn in diesem Setting starten. Sie sehen, hier sind zwei Plätze frei. Nachdem wir die Debatte in diesem Kreis begonnen haben, werden wir sie für alle anderen öffnen, die mitdiskutieren oder Fragen stellen wollen. Das ist die Fishbowl-Methode. Das bedeutet, wir sitzen quasi im Aquarium, und Sie gucken erst einmal von außen zu. Anschließend dürfen Sie gern dazukommen und mitdiskutieren.

Es freut mich sehr, dass die Teilnehmer aus so vielfältigen Bereichen kommen. Wir haben die Sicht einer Regierungspräsidentin, die unmittelbar auf vielfacher Ebene mit

diesem Thema zu tun hat. Es sind aber auch Vertreter aus der Wissenschaft anwesend, die sich eher im Zusammenhang mit Ausbildung Gedanken darüber machen. Die Vertreter aus der Zivilgesellschaft, die auch unmittelbar in dieses Thema involviert sind, stellen heute gewissermaßen die Hoffnungsträger dar. Sie holen quasi die Kartoffeln aus dem Feuer.

> (Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel [nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin]: Kann man also praktisch mit Stühlen bewaffnet einen zweiten Kreis formieren? So habe ich das eben verstanden!)

– Das war mein Vorschlag. Aber ich sehe, dass noch eine gewisse Zögerlichkeit besteht. Daher werden wir zunächst in die Diskussion eintreten. Ich lade alle anderen dazu ein, sich im Laufe der Diskussion dazuzubegeben.

Wir beginnen mit einer ersten Vorstellungsrunde. Alle sind eingeladen, ein kurzes Statement abzugeben. Im Programm ist schon eine Reihenfolge vorgegeben, bei der ich auch bleiben möchte.

Frau Ossowski, ich bitte Sie, zu beginnen und Ihre Sicht auf das Thema und gegebenenfalls schon erste Empfehlungen einzubringen.

Hanna Ossowski (Kanzlerin der FHöV NRW, Gelsenkirchen): Herzlichen Dank. – Ich möchte mit dem Datum des 28. Oktober 1969 einsteigen. Heute auf den Tag genau vor 50 Jahren hielt Willy Brandt seine Antrittsrede als Bundeskanzler und sagte den legendären Satz: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Es war ein Aufruf zu mehr Transparenz und Beteiligung, aber auch eine Einladung an die Jugend und die damalige Protestgeneration. Gleichzeitig war es aber auch eine Absage an die direkte Demokratie, denn in der gleichen Regierungserklärung hat Brandt die strikte Beachtung der parlamentarischen Demokratie eingefordert.

Es ist aus meiner Sicht erstaunlich, welche hochgradige Aktualität diese Aussagen heute noch besitzen. Denkt man zum Beispiel an Fridays for Future, sind die Einladung an die Jugend und die Einbeziehung in die politischen Debatten heutzutage mehr denn je notwendig. Aber auch die Debatte um die Erweiterung der repräsentativen Demokratie um direkte Elemente ist in vollem Gange, nicht zuletzt zum Beispiel dank Mehr Demokratie e. V. oder auch des 2015 ins Leben gerufenen Netzwerks Allianz Vielfältige Demokratie, dessen Mitglied ich sein darf.

Es gibt jedoch nicht nur Parallelen zu den Thesen vor 50 Jahren, sondern auch gewaltige Unterschiede. Nach dem berühmten Satz Brandts formulierte er auch den Wunsch nach Öffnung der Arbeitsweise, um dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge zu tun, und das Versprechen über eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik.

Das Bedürfnis nach Information ist weiter vorhanden, wird jedoch in nie dagewesener Art und Schnelligkeit bereits bedient. Dank Internet sind nicht nur Medien, sondern auch politische Amtsträger blitzschnell in der Lage, zu kommunizieren und zu kommentieren. Die von Brandt in Aussicht gestellte Transparenz und Information hat längst

Einzug gehalten, und die Informationsverarbeitung beeinflusst die politische Willensbildung wie nie zuvor. Auseinandersetzungen finden bereits im öffentlichen Raum statt, allerdings überwiegend digital, oft in sozialen Netzwerken und oft in anonymer Form.

Ergebnisse von zuletzt durchgeführten Studien und Umfragen zeigen allerdings auch ein etwas anderes Bild. Die Jugend und Teile der Bevölkerung sind eher vorsichtig bei der Abgabe von Kommentaren zu vielen Themen. Wie passt das eigentlich in der heutigen Zeit zusammen, wo es so viele Möglichkeiten gibt, die eigene Meinung kundzutun? Schließlich wird doch auch davon Gebrauch gemacht. Allerdings ist man leider oft weit davon entfernt, politische Debatten zu führen. Vorurteile und leider auch Beleidigungen ersetzen zu oft die konstruktive Kritik und den Diskurs. Diese oft besorgniserregenden Entwicklungen, die zu beobachten sind, sind aber auch Ausdruck der freien Meinungsäußerung, die es in der Demokratie unbedingt zu verteidigen gilt. Statt sich also zu fragen, wie man solche Shitstorms unterbinden kann, sollte man die Energie eher darauf verwenden, zu überlegen, wie Globalisierung und Digitalisierung einen positiven Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten können.

Heute, anders als vor 50 Jahren, reicht eine umfassende Unterrichtung über die Regierungspolitik, wie Brandt sagte, nicht aus, um eine Debattenkultur zu etablieren. Heute reicht es auch nicht aus, die parlamentarische Demokratie als eine gesetzte Selbstverständlichkeit hinzunehmen. Meines Erachtens braucht die Demokratie positiv besetzte Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Werbung. Die Vorzüge des demokratischen Systems müssen herausgestellt werden, und zwar nicht nur in Abgrenzung zu negativen Beispielen auf dieser Welt.

Laszlo Trankovits, langjähriger Korrespondent der „dpa“, hat in seinem 2011 herausgebrachten Buch – übrigens ein Plädoyer für die repräsentative Demokratie – mit dem provokanten Titel „Weniger Demokratie wagen“ zutreffend festgestellt – Zitat –:

> Für jeden Mist im wahrsten Sinne des Wortes gibt es heute PR und Werbung, Imagekampagnen und Reputationsmanagement, aber für die Überlegenheit des demokratischen Systems, für die Vorzüge der repräsentativen Demokratie und auch die Qualität von politischen Repräsentanten werden äußerst bescheidene Mittel aufgewendet.

Zitat Ende.

Es hat meines Erachtens in der Vergangenheit zu wenige Anstrengungen gegeben, das Wissen über die Vorzüge der Demokratie und die Akzeptanz des demokratischen Systems zu fördern. Hier müssten die Politik und der Gesetzgeber ansetzen. Es ist allerdings auch keine einfache Aufgabe.

Vor einigen Jahren habe ich als stellvertretende Leiterin der Fortbildungsakademie des Innenministers eine Tagung zum Thema „Demokratie für Landesbeschäftigte“ organisiert. Ich finde, es ist uns gelungen, ein sehr spannendes Programm auf die Beine zu stellen und Expertinnen und Experten einzuladen, unter anderem Herrn Trankovits oder auch Claudine Nierth von Mehr Demokratie e. V.

Die Veranstaltung ist nicht zustande gekommen. Wir hatten zu wenige Anmeldungen. Ähnlich geringe Anfragen gab es auch zu Veranstaltungsformaten zum Thema „Bürgerbeteiligung“. Das mangelnde Interesse der Staatsdiener am Thema „Demokratie und Beteiligung“ gibt meiner Meinung nach zu denken. Es darf nicht weiter verwundern, dass Teile der Bevölkerung das demokratische System als selbstverständlich hinnehmen oder es sogar infrage stellen, wenn nicht einmal diejenigen, die für das Gemeinwohl arbeiten, dem Thema eine Bedeutung beimessen.

In Gesprächen mit einigen Führungskräften der Landesverwaltung haben wir festgestellt, dass die Landesbeschäftigten keinen Zusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit, zum Beispiel bei der Bezirksregierung oder im Ministerium, und dem Thema „Demokratie“ sehen. So werden auch andere Berufs- und Bevölkerungsgruppen denken. Die Exekutive ist ein wichtiger Teil unseres demokratischen Systems. Deshalb ist die fehlende Auseinandersetzung der Staatsdiener mit ihrer Rolle im demokratischen Geschehen aus meiner Sicht nicht akzeptabel. Daran gilt es zu arbeiten; denn das demokratische System, in dem wir leben und arbeiten, sollte uns nicht egal sein.

Politik und Verwaltung des Landes sollten mit gutem Beispiel vorangehen und die Grundlagen und Werte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens als wichtige Voraussetzung für eine Demokratie stetig thematisieren und kontinuierlich fördern.

Der SPD-Fraktionschef hat kürzlich in einem Interview mit der „WELT AM SONNTAG“ abermals ein Demokratiefördergesetz gefordert, um Projekte in der Extremismusprävention dauerhaft fördern zu können. Sich nur darauf zu konzentrieren, ist allerdings zu kurz gegriffen, rettet die Demokratie nicht und entwickelt sie auch nicht weiter. Demokratie muss gelebt und kann nicht verordnet werden. Die Förderung der demokratischen Kultur, des Debattierens und der konstruktiven Streitgespräche und der Menschen, die sich in unterschiedlichen Kontexten öffentlich einbringen und Vorbilder und Multiplikatoren sind, sollte im Vordergrund stehen. Denn 50 Jahre nach der Regierungserklärung von Brandt ist das Thema hochaktuell, und auch künftige Generationen werden an der Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie arbeiten müssen. Aus meiner Sicht ist noch Raum zum Wachsen da. – Danke schön.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank für diesen guten Einstieg, Frau Ossowski.

(Beifall)

Daran können Sie mit Ihren eigenen Erfahrungen sicher gut anknüpfen, Herr Dienel.

Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin): Ich möchte mich zunächst bei den Mitgliedern der Enquetekommission für die Einladung bedanken. – Mein Name ist Hans-Liudger Dienel. Ich bin Professor an der TU Berlin und leite das nexus Institut, ein Institut in Berlin, das deutschlandweit Beteiligungsprozesse organisiert. Ich bin sowohl von Geburt Nordrhein-Westfale als auch Gesinnungs-Nordrhein-Westfale. Ich bin Mitbegründer von Westwind – Wir Nordrhein-Westfalen in Berlin, die Adresse der rund 300.000 zugewanderten Nordrhein-Westfalen in Berlin. Den Namen „Westwind“ habe

ich mir damals sozusagen als Gegenstück zum Süden und als Perspektive der Nordrhein-Westfalen in Berlin überlegt.

Mein Start passt gut zu dem, was Sie gesagt haben, Frau Ossowski. Ich denke, es geht nicht darum, immer mehr Beteiligung zu wagen. Beteiligung ist aus meiner Sicht kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Der Zweck sind sachorientierte, effiziente – schließlich haben wir ein Effizienzproblem – Entscheidungen im Gesamtinteresse, um breit legitimierte, akzeptierte, kollektiv bindende Entscheidungen zu ermöglichen. Die Debatten- und Partizipationskultur – ich verwende den Begriff etwas breiter – kann und soll auch dazu einen Beitrag leisten, auf diese Weise – das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt – das Systemvertrauen in die Demokratie wieder zu stärken und – um einen Begriff aus dem Gründungsbeschluss aufzugreifen – dadurch der Fragmentierung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Beteiligungsbereitschaft kann aber auch ein Zeichen für Krise sein, sinkende Beteiligungsbereitschaft dagegen also ein Zeichen für Systemvertrauen, nach dem Motto: Es läuft doch. Ist die Wahlbeteiligung relativ niedrig, beispielsweise in einer direkten Demokratie wie der Schweiz, ist das in der Regel ein Zeichen für Vertrauen in das funktionierende System. Steigt das Quorum hingegen an, ist das eher ein Zeichen dafür, dass die Menschen merken, dass etwas in Gefahr ist.

Die Bräsigkeit der Mitarbeiter der Landesverwaltung, die Frau Ossowski ansprach, kann durchaus eine Fehleinschätzung sein. Es erscheint niemand zu der Tagung, nach dem Motto: „Läuft doch“, obwohl es eigentlich eine Krise gibt. Es kann also auch eine Fehleinschätzung vorliegen.

Wir brauchen eine Debattenkultur und partizipative Formate, welche dieses Systemvertrauen generieren. Dafür müssen bestimmte Bedingungen an die Debattenkultur geknüpft sein. Ich möchte das einmal etwas theoretisch aus Sicht eines Wissenschaftlers formulieren. Habermas hat versucht, diese Bedingungen als Theorie des kommunikativen Handelns zu formalisieren. Er spricht vom Zwangscharakter des Arguments und dem herrschaftsfreien Diskurs. Damit meint er, dass sich die oder der Rangniedrigere mit einem besseren Argument durchsetzt. Eine solche Debattenkultur, in der sich das bessere Argument durchsetzt und nicht der oder die hierarchisch Höhere, wollen wir haben. Habermas hat versucht, dies in dem dicken Doppelbänder „Theorie des kommunikativen Handelns“ darzulegen. Dieses Buch hat Weltbedeutung.

Hegel hat im 19. Jahrhundert die Gesprächsweise als Suche nach der Wahrheit bezeichnet. Er sagte, dafür brauche es unterschiedliche Meinungen; er sprach von Thesen. Um zu einer guten Lösung zu kommen, zu einer Synthese, muss es eine These und eine Antithese geben, bevor man zu einer Synthese kommen kann. Es ist also notwendig, dass es eine Gegenposition gibt. Dann schleifen sich die Argumente ab, und man kommt zu einer sachorientierten Lösung. So hat er sich das in der Dialektik vorgestellt. Das klingt jetzt sehr kompliziert, es ist aber eigentlich ganz einfach.

In partizipative Formate übersetzt heißt das für mich: Es braucht Kleingruppengespräche, in denen auch Ungeübte und Wenigredner gleichberechtigt mitreden können. Das ist das Ziel. In einer großen Runde wie dieser ist das oft schwierig für Einzelne, die das nicht gewohnt sind.

Darüber hinaus braucht man natürlich auch Zeit, und zwar für die Entwicklung einer eigenen Position. Bei der Partizipation und der Deliberation geht es nicht um Meinungsabfrage, sondern um die Möglichkeit, sich eine sachorientierte Meinung bilden zu können. Deshalb ist der Goldstandard aller partizipativen Prozesse, dass Menschen am Ende einer anderen Meinung sind als am Anfang, weil sie sich eine gebildet haben.

Alle relevanten Argumente, alle Perspektiven müssen vorgestellt werden können, um zu einer adäquaten Meinungsbildung zu kommen. Dabei hilft es nicht, bestimmte Leute auszugrenzen und zu sagen: Die wollen wir hier nicht haben. – Ich sage das gerade vor dem Hintergrund laufender Debatten in Richtung der Kollegen von der AfD. Es müssen alle Positionen an den Tisch, um gleichberechtigt miteinander zu sprechen. Die Stakeholder, die Interessenvertreter müssen Rederecht haben, aber dann sollten die Diskussionen eben nicht von den Stakeholdern geführt werden. Auf diese Weise artikuliert sich Bürgerbeteiligung eigentlich nicht. Das ist Stakeholder-Beteiligung, das ist Beteiligung von Interessenvertretern. Nein, die Bürgerbeteiligung ist etwas anderes. In der Bürgerbeteiligung nämlich – das hatten Sie hier bereits mehrfach diskutiert; Herr Lietzmann war auch dabei – bildet sich der Souverän – so steht es in der Verfassung –, sprich die Bürgerin und der Bürger, in einem adäquaten Meinungsbildungsprozess eine Meinung dazu, was das Beste für alle ist.

Mein Vater Peter Dienel hatte einen Lehrstuhl an der Uni Wuppertal und war der Erfinder der Planungszelle. Auf die Planungszellen angewendet heißt das: unmoderierte Fünfergruppen. Es gibt also keinen Moderator. Die Bürgerinnen und Bürger schleifen sich sozusagen selber ab. Die Interessenvertreter, die Stakeholder, tragen ihre Argumente sozusagen im Plenum vor, aber dann geht es in die kleineren Fünfergruppen, und dort lässt sich nachweisen – wir haben Sprechzeitenvergleiche dazu angestellt –, dass die Wenigredner erst am vierten Tag genauso viel reden wie die Vielredner. Man kann diese Beteiligungsprozesse also nicht ungestraft stark verkürzen. Man braucht schon vier Tage. Das ist eine gute Zeit. Am Ende dieser vier Tage reden illiterate Menschen, die sich in Deutsch schwer artikulieren können, in der Kleingruppe genauso viel.

Systemvertrauen entsteht und wächst aber nicht nur durch eine gute Debattenkultur selbst – das ist eine Hauptvoraussetzung –, sondern Misstrauen – das ist das Gegenteil von Systemvertrauen – gegen eine gute Debatte entsteht auch an den zwei anderen Enden, nämlich am Anfang und am Ende. Am Anfang steht die Frage: Wer darf überhaupt mitreden? Wer ist eingeladen? Oft heißt es: Das war doch nicht korrekt. Manche wurden nicht eingeladen. – Es herrscht ein notorisches Misstrauen. Die Antwort darauf lautet heute – da gibt es auch einen gewissen Boom –: zufallsbasierte Verfahren. Dabei hat jeder das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit, teilnehmen zu können, und das ist ein Argument, das akzeptiert wird: Ich bin nicht ausgewählt worden, aber ich hätte die Möglichkeit gehabt. – Also: Wer darf mitreden? Zufallsauswahl.

Und am Ende steht die Frage: Was passiert eigentlich mit den Ergebnissen? Oft herrscht hier ein völlig berechtigtes, notorisches Misstrauen, nach dem Motto: Die machen am Ende sowieso, was sie wollen. Die nehmen die Ergebnisse nicht ernst.

Das ist auch die Riesenschwäche der partizipativen Demokratie und der Debattenkultur überhaupt. In der direkten Demokratie wird das Ergebnis der Volksabstimmung am Ende auf Landesebene Gesetz. Deshalb ist die Akzeptanz hoch, obwohl wir wissen, dass es oft eine sehr emotionalisierende Abstimmung ist. Die partizipativen Formate brauchen mehr „Wumm“ in der Umsetzung. Unsere Lösung im Rahmen der Planungszellen war es, die Auftraggeber zu verpflichten, zu sagen: In einem Jahr lade ich euch, die durch Zufall ausgewählten Bürgergutachter, wieder ein und berichte, was ich gemacht habe. – Das gilt zum Beispiel für die Bürgermeisterin, die Ministerin, den Ministerpräsidenten. Allein durch dieses Versprechen bei der Übergabe gibt es eine gewisse Tendenz in Richtung Umsetzung. Schließlich droht dieser Termin, in einem Jahr zu berichten, was in der Zwischenzeit umgesetzt wurde.

Abschließend möchte ich – das kennen Sie sicherlich; ich habe eben gehört, dass einige schon dort waren – noch auf den Bürgerrat Demokratie auf nationaler Ebene zu sprechen kommen, an dem mein nexus Institut ebenfalls beteiligt ist und der nach irischem Vorbild entstanden ist. In Irland wurden auf diese Weise konfliktuöse Topthemen, wie die Homoehe oder die Abtreibung, befriedet und abgeräumt. Das findet in sogenannten Mini-Publics statt, also in Gruppen mit zufällig ausgewählten Personen und Parlamentariern sowie einem Volksentscheid am Ende, also eine kombinatorische Demokratie.

Im September ist der Bürgerrat Demokratie in Leipzig gestartet. Am 15. November findet in Berlin die Übergabe des Bürgergutachtens zum Bürgerrat Demokratie mit 160 durch Zufall ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern statt. Dieses Gutachten wird dann an Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, den Präsidenten des Deutschen Bundestags, übergeben, und er wird hoffentlich sagen: In einem Jahr lade ich euch wieder ein und berichte, was das Parlament mit den Ergebnissen gemacht hat.

Im nächsten Jahr wird es übrigens einen Bürgerrat Klimapolitik nach gleichem Strickmuster geben. Ich denke, damit haben wir paradigmatisch wirklich gut umgesetzt, was eine gute Debattenkultur, die das Systemvertrauen stärken kann, ermöglichen kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank, Herr Dienel. – Frau Thomann-Stahl.

Marianne Thomann-Stahl (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Detmold): Vielen Dank für die Einladung. – Wie der eine oder andere weiß, war ich 15 Jahre lang Mitglied des Landtags und bin nun seit 14 Jahren Regierungspräsidentin. Daher möchte ich ein paar Punkte aus der Praxis einbringen.

Als Bezirksregierung haben wir ziemlich viel mit Bürgerbeteiligung und Debattenkultur zu tun, weil wir ziemlich viele öffentliche Verfahren führen. Das fängt bei der Planfeststellung an, geht über die Ausweisung von Naturschutzgebieten, betrifft aber zum Beispiel auch die Umwandlung eines Gymnasiums in eine Gesamtschule. Dabei kommt man mit den unterschiedlichsten Debattanten und Debattantinnen zusammen.

Ich habe festgestellt – ich möchte hier an das anschließen, was Frau Ossowski gesagt hat –, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil nicht besonders gut darin ausgebildet sind, wie man eine Bürgerbeteiligung und öffentliche Debatten durchführt. Es gibt eine Vielzahl, die das sehr gut kann, aber es ist nicht Bestandteil oder nur ein kleiner Bestandteil der Verwaltungsausbildung.

Sie fragten danach, wo der Landtag ansetzen könne. Das wäre ein Punkt, an dem man ansetzen kann; denn der Behördenmitarbeiter muss wissen, dass die Bürgerbeteiligung, sprich die Debatte, ein intrinsisches Motiv sein muss, um bessere Ergebnisse zu erzielen, und zwar auch in der Abwägung von Entscheidungen der Behörde. Er muss also aus sich heraus auch die positiven Aspekte der Debatte und durchaus auch des streitigen Debattierens und auch des Zeitaufwands sehen, den er dafür aufwenden muss. Dafür muss er aber geschult sein und wissen: Wie organisiere ich eine solche Debatte? Wie gehe ich dabei vor, und was mache ich mit dem Ergebnis? – Das sind entscheidende Fragen.

Wir müssen in den Behörden dafür sorgen, dass dieses Thema der möglichst großen Transparenz mehr verinnerlicht wird. Das gilt für Ministerien, aber es gilt eigentlich für alle Behörden, weil man doch dazu neigt, im Interesse der Beschleunigung einer Entscheidung zu sagen: Das machen wir jetzt einfach mal so. Darüber brauchen wir niemanden zu informieren. Auch nach dem Gesetz müssen wir niemanden fragen. –Das hat aber heutzutage die Folge, weil durch das Internet alles transparent ist und jeder alles wissen kann, dass man viel mehr Fragen bekommt, als wenn man die Debatte von vornherein offen führen würde. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite muss man aus der Erfahrung heraus danach fragen: Wer beteiligt sich an Debatten? Wer kommt denn beispielweise zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Autobahnbau“? Das sind Bürgerinitiativen und Aktionsbündnisse. In der Regel sind es Leute, die relativ gut organisiert sind und gut reden können. Meistens sind es ältere Personen. In den Schulen sind es häufig auch gut ausgebildete Eltern, die debattieren. Wer nicht kommt, sind Leute, die das Gefühl haben, dass sie nicht mitreden könnten. Ich sage gleich dazu, dass es nicht möglich ist, Fünfergruppen zu bilden, da an einer Anhörung ein paar Hundert Leute teilnehmen. Da kann man keine Fünfergruppen bilden, sondern muss das in zwei Tagen durchziehen. In der Regel nehmen also gut ausgebildete Personen teil, die gut reden können.

Wie können wir in einem Einwanderungsland wie Nordrhein-Westfalen dazu beitragen, dass auch andere an Debatten teilnehmen? Bei der Diskussion um Schulen, Autobahnen, Straßen oder Stadtentwicklung stellen wir fest, dass viele Menschen mit Einwanderungshintergrund oder einer weniger guten Ausbildung nicht zu solchen Veranstaltungen kommen. Wir müssen also in den Schulen anfangen und uns die Debattenkultur in Schulen anschauen. Es gibt bereits einiges, und ein Beispiel ist „Jugend debattiert“. Da habe ich mich dieses Jahr fürchterlich aufgeregt. Die Themen werden zentral von irgendeiner Stiftung aus Berlin festgelegt. Es ging unter anderem um die Frage: Soll das Reparieren von Kleingeräten Unterrichtsfach werden? – Das ist nett, aber im Jahr der Europawahl muss man doch hingehen und das Thema „Europa“ zur Debatte machen. Auf diese Weise geht manches im Land verloren. Dazu könnte ich noch zig Beispiele anführen.

Wir müssen bei den Jugendlichen und Kindern anfangen. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die betroffen sind, mitreden können, auch wenn sie eine schlechtere oder gar keine Ausbildung haben und einen schlechten Zugang dazu haben. Das gelingt in Kirchengemeinden – die können solche basisdemokratischen Debatten durchführen –, aber es ist nicht auf komplexe Vorhaben übertragbar.

Das sind zur Einstimmung die ersten zwei, drei Anmerkungen aus der Praxis.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Als Nächste hat Frau Birgitta Rademacher, Regierungspräsidentin aus Düsseldorf, das Wort.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung. – Ich möchte unterstützen, was meine Kollegin gesagt hat, dass wir nämlich bereits in vielen Verfahren Öffentlichkeitsbeteiligung machen.

Vorweg möchte ich aber noch etwas anderes sagen. Sie fragten eben nach Debattenkultur. Ich bin die Jüngste von sechs Geschwistern, ich habe drei Kinder, ich war im Stadtrat, und ich war viele Jahre Anwältin. Debattieren ist etwas, was man nach meiner Auffassung ganz früh, im Elternhaus, mehr oder weniger gut lernt. Ich habe es meinen Kindern mehr oder weniger gut beigebracht. Das heißt nicht, dass das in der Schule nicht passieren soll, um das noch einmal ganz klar zu sagen. Aber debattiert wird nicht nur über große Themen, sondern auch darüber, wer das rote Schippchen bekommt.

Zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Wenn wir bestimmte Verfahren haben, müssen wir den Bürgern sehr früh die Möglichkeiten klarmachen, die ihnen offenstehen. Es geht darum, klarzumachen, weswegen sie eingebunden sind. Öffentlichkeitsbeteiligung – du hast es eben gesagt, Marianne – findet zum Beispiel bei der Planfeststellung oder der Ausweisung von Naturschutzgebieten statt. In einem ersten Gespräch geht es um Information, und im zweiten Schritt können Einwendungen erhoben werden. Bei der Verlegung einer Energieleitung hingegen geht es aber nicht mehr um das Ob, sondern es geht um das Wie. Sehr oft glauben die Bürger, es gehe noch um das Ob der Energieleitung. Nein, diese Leitung ist zu planen, und das Wie ist zu diskutieren. Punkt.

Ich glaube, dass diejenige Person, die Argumente ausbringt, dabei oft nicht bis zum Ende denkt, aus welchen Gründen auch immer; vielleicht weil sie es nicht will. Ich habe irgendwo den schönen Satz gelesen: Ob Greta nun ein Windrad in ihrem Garten will, das ist streitig. – Meiner Meinung nach müsste man die Konsequenzen einer bestimmten Haltung schon klarmachen.

Wenn wir Planfeststellungsverfahren in größeren Baumaßnahmen haben, sind Enteignungen – natürlich mit Entschädigungen – zwingend. Um die Jahre dauernden Entschädigungs- oder Enteignungsverfahren zu umgehen und das Projekt voranzutreiben, sind Besitzeinweisungsverfahren erforderlich. Dazu gibt es sogar eine mündliche Verhandlung. Das ist aber zugegebenermaßen eine Farce, weil diese Besitzeinweisung natürlich mit entsprechender Entschädigung erfolgen wird. Ein solches Verfahren ist nicht dazu geeignet, den Probanden den Eindruck zu vermitteln, sie hätten noch irgendetwas zu tun.

Ganz anders ist das zum Beispiel bei der Regionalplanung. Wir stellen den Regionalplan im Moment neu auf. Wir haben als Verwaltung Steckbriefe für bestimmte Grundstücke nach bestimmten Kriterien erstellt. Die Überschrift dazu lautet: „Mehr Wohnbauland am Rhein“. Diese Steckbriefe haben wir in die Politik gegeben, um zur Diskussion anzuregen. Das erste Missverständnis dabei ist, damit sei schon alles festgelegt, und wenn man dem jetzt so zustimmt, würde morgen gebaut. Darum geht es aber nicht. Es ist sehr schwer, den Bürgerinnen und Bürger ein solch komplexes Verfahren verständlich zu machen. Diese Steckbriefe dienen als Diskussionsgrundlage, und sie sollen dazu beitragen, dass der eigentliche Planungsträger, nämlich der Regionalrat, anschließend entscheiden kann. Wird ein Baugebiet in einem Regionalplan ausgewiesen, hat die Stadt die Möglichkeit – nicht die Verpflichtung –, daraus ein Baugebiet zu machen. Das sind ganz viele Schritte innerhalb eines komplexen Verfahrens, das schwer verständlich zu machen ist. Ebenso schwer verständlich sind die Strukturen, die dahinter stehen, angefangen in Brüssel über Berlin und Düsseldorf bis hin zum Regionalrat. Viele fragen sich: Was macht der überhaupt? – Hinzu kommen noch die Kommunen und Städte, und dann gibt es noch eine Mittelbehörde. Es ist nicht ganz einfach, dieses System zu verstehen.

Ich bin auch der Meinung, dass man die Staatsbürgerkunde wieder stärken müsste, damit die Struktur verstanden wird, in der die jeweilige Diskussion oder Debatte stattzufinden hat.

Eben wurden – und da muss ich wiedersprechen – die Staatsdiener zum Teil als Lernfall und bräsig bezeichnet. Es herrscht Meinungsfreiheit, deshalb ist es legitim, solche Worte zu benutzen. Auch in meiner Behörde gibt es natürlich solche und solche. Die Bereitschaft, sich mit dem Bürger auseinanderzusetzen und zu erläutern, in welchem Kontext welche Diskussion geführt wird, ist jedoch jedenfalls in meiner Behörde groß. Was den Regionalplan angeht, wollen wir eine Online-Beratung einführen, um auf die Bürger zuzugehen und ein günstiges Umfeld zu schaffen, Strukturen, aber auch die Standards zu klären.

Wenn wir von Debattenkultur sprechen, ist mir die Frage der Kultur besonders wichtig. Bernd Lucke und Thomas de Maizière konnten in Hamburg und Göttingen nicht sprechen. Das Grundgesetz ist eine großartige Leistung unserer Väter und Mütter gewesen. Vorhin sagte jemand, man solle jeden ausreden lassen und die Menschen zum Reden bringen. Das ist richtig, ich würde mir allerdings auch wünschen, dass man sie zum Zuhören bringt. Das ist nämlich mindestens genauso wichtig. Sonst nützt das ganze Reden nichts, weil ich dann auf nichts anderem beharre als auf meiner persönlichen Meinung.

Meinungsfreiheit muss gelten. Meinungsäußerungsfreiheit auch: Darf ich jetzt noch alles sagen, was ich sagen möchte? Ich möchte jetzt nicht an unseren Kollegen aus Kassel verweisen, jedenfalls nicht in Einzelheiten, aber in meiner Vorverwendung war ich Polizeipräsidentin, und wir hatten damals ein großes Problem mit reisenden Einbrecherbanden zu bekämpfen. Ich habe es gewagt, in Vorträgen über reisende Einbrecherbanden, die zu 98 % aus Europa stammen, zu sprechen und klarzustellen, dass zwar nicht jeder Osteuropäer ein Einbrecher ist, dieses Geschäftsmodell aber aus diesen Ländern kommt. Es gab eine heiße Debatte darüber, ob es mir überhaupt

erlaubt sei, das zu sagen. Es ist ein Fakt, und ich habe es gesagt. Das war nicht immer unumstritten.

Die Konsequenzen einer Meinung habe ich eben schon angesprochen. Ich möchte es noch einmal überspitzt formulieren: Wenn ich für den Klimawandel bin, gestatte ich dann auch ein Windrad in meinem Garten?

Zur Besprechungskultur. Irgendwann ist auch eine Entscheidung nötig. Aber eine Sache ist dann trotzdem nicht unbedingt ausdiskutiert. Sie haben eben gesagt, es gehe um die Suche nach der Wahrheit. Ganz ehrlich: Bei der Verlegung einer Leitung bei der Planfeststellung einer Brücke finde ich nicht die Wahrheit, sondern ich muss eine Regelung finden, die die Interessen so weit wie möglich zusammenfasst und dabei die Freiheit der jeweiligen Beteiligten so wenig wie möglich einschränkt. Aber irgendwann ist auch einmal Schluss und man muss sagen: Jetzt gehen wir alle linksherum. Irgendwann muss die Brücke gebaut werden. – Und dann würde ich mir wünschen, dass eine vorher fair geführte Diskussion zu Ende ist, sonst funktioniert es nämlich nicht. Das ist meine Erfahrung aus knapp acht Jahren als Polizeipräsidentin. – Danke.

(Beifall)

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Ganz herzlichen Dank. – Jetzt kommt sozusagen der nahtlose Übergang hin zur Perspektive der Zivilgesellschaft. Herr Trennheuser.

Alexander Trennheuser (Mehr Demokratie NRW, Köln): Herzlichen Dank, Herr Fuhrmann. – Vielen Dank für die Einladung zu diesem spannenden Thema. Für Debatten braucht man Zeit. Nirgendwo kann man aktuell herrlicher entschleunigen als auf nordrhein-westfälischen Autobahnen, wie ich es vorhin getan habe.

(Heiterkeit)

Eine Eindreiviertelstunde von Leverkusen bis nach Düsseldorf ist schon stark. Aber ich habe das ganz entspannt gesehen, denn es hat mir die Gelegenheit gegeben, mir in aller Ruhe einen Podcast anzuhören, der sehr gut zur heutigen Debatte passt. In diesem spricht der Jenaer Soziologe Hartmut Rosa über die Theorie der Resonanz. Das passt wirklich gut zum Thema der Debattenkultur. Er sagt, dass Menschen drei Grundbedürfnisse haben, im Politischen wie auch im Privaten. Man kann das zwar auf das Politische beziehen, muss man aber nicht. Das erste Grundbedürfnis ist, mit seiner oder ihrer Stimme wahrgenommen zu werden, zum Beispiel in der Familie. Es ist schließlich auch das Grundversprechen der Demokratie, dass jeder eine Stimme hat und sie erheben darf. Damit geht aber auch einher, dass man auch vom anderen gehört wird und möglicherweise etwas beim anderen bewirkt, dass sich vielleicht sogar die Position verändert oder man sich selber verändert.

Das zweite Grundbedürfnis ist, sich selbst mit seiner Stimme in einem sozialen Kontext verankert zu sehen, in der Familie, im Verein, in der Partei, idealerweise – denn so sind wir Menschen – in einem Kontext, der von anderen als positiv bewertet wird. Schaut man sich in sozialen Netzwerken um und liest die Bewertungen der politischen

Parteien, muss man leider konstatieren: Wir haben hier ein Problem. Sich in einer Partie zu engagieren, wird eben nicht immer positiv bewertet, sondern es wird viel zu häufig negativ bewertet. Das ist in einer repräsentativen Demokratie ein riesiges Problem.

Das dritte Grundbedürfnis ist, sich in einer Entscheidung als selbstwirksam zu erleben, also mit der eigenen Stimme so viel Resonanz zu erzielen, dass man irgendwann eine Selbstwirksamkeit erlebt und sich selbst als Teil einer Entscheidung sehen kann. Wenn man ein Haus gekauft oder gebaut hat, macht es wahnsinnig viel Spaß, der Familie zu erzählen, dass man die Wand angestrichen und den Keller trockengelegt hat. Bei einer politischen Entscheidung macht es wahnsinnig viel Spaß, wenn man sich zum Beispiel gestern Abend als Wahlsieger in Thüringen fühlen konnte. Dabei fühlen sich Menschen gut.

Das sind drei Aspekte, die man bei dem Thema der Debattenkultur im Hinterkopf haben sollte. Somit stellt sich die Frage: Wo schaffen wir solche Resonanzräume in unserem Demokratie? Wo haben wir aktuell wirklich politische Debatten? – Dabei fallen mir als Allerstes die sozialen Medien ein. Ich muss sagen, das sind keine geeigneten Resonanzräume, wenn ich mir Facebook-Gruppen anschaue und an das Grundbedürfnis denke, mit seiner eigenen Stimme wahrgenommen zu werden. Dort geht es zu einem großen Teil nur um ein Herausbrüllen, aber es kommt nichts zurück. Schaut man sich das als Dritter an, ist das meistens einfach nur sehr unangenehm zu lesen. Wir müssen uns also Gedanken darüber machen, wo wir solche Debatten und die entsprechenden Resonanzräume dafür schaffen.

Jetzt haben Sie mich aber als Vertreter des Vereins Mehr Demokratie eingeladen. Mehr Demokratie kämpft seit über 30 Jahren für die Stärkung der direkten Demokratie, deswegen will ich, um das auf Nordrhein-Westfalen herunterzubrechen, eine kurze Bestandsaufnahme machen. Seit dem 17.10.2019 gibt es den kommunalen Bürgerentscheid schon 25 Jahre in Nordrhein-Westfalen. Letzte Woche haben wir das Jubiläum gefeiert. Das ist eigentlich eine ganz gute Geschichte. Es ist eine erfolgreiche Geschichte. Es gab ein gutes Maß von circa 850 kommunalen Bürgerbegehren, in aller Regel zu rein kommunalpolitischen Angelegenheiten. Man kann in den einzelnen Inhalten zwar unterschiedlicher Meinung sein, aber weitgehend kann man sagen, es wurden vernünftige und berechtigte Anliegen vorgetragen, und es wurde – auf gut Deutsch – kein Quatsch initiiert.

Auf Landesebene haben wir in diesem Jahr zwei Volksinitiativen erlebt, die sehr erfolgreich waren. Die eine heißt Aufbruch Fahrrad. Die andere und zumindest unterschriftenmäßig erfolgreichste Volksinitiative ist die gegen die Straßenbaubeiträge mit fast 500.000 Unterschriften. Es gab also eine sehr große Resonanz auf diese Verfahren. Das zeigt, dass die Lust an der Debatte bei den Menschen durchaus vorhanden ist. Die Lust am Mitmachen ist da. Aber eines haben wir nicht erlebt. Seit 1978 haben wir kein erfolgreiches Volksbegehren, also die nächste Stufe, in Nordrhein-Westfalen erlebt. Die Versuche dazu gab es, aber sie scheiterten allesamt an den hohen formalen Anforderungen und den hohen Unterschriftenhürden.

Wenn Sie mich jetzt fragen: „Welche Aufgabe erwächst aus dieser doch recht guten, regen Nutzung direkter Demokratie?“, würde ich sagen, die nächste Aufgabe ist ei-

gentlich, das Ganze klug mit partizipativen Formaten und noch stärker mit dem parlamentarischen Verfahren zu verknüpfen. Eine Frage in dem Zusammenhang ist zum Beispiel: Warum endet eigentlich eine Volksinitiative mit der Übergabe an und der abschließenden Abstimmung im Landtag? – Die Menschen haben über Monate, teilweise über ein Jahr lang, mit viel Herzblut Unterschriften gesammelt, dann gibt es eine Anhörung und eine Abstimmung im Landtag, und damit ist die ganze Sache erledigt. Eigentlich könnte das doch ein Auftakt zum Beispiel für ein geeignetes partizipatives Format sein. Das wäre doch eine Sache, über die man sich einmal Gedanken machen könnte.

Darüber hinaus könnte man sich auf der kommunalen Ebene die kommunalen Bürgerbegehren anschauen und viel stärker in das hineingehen, was Sie vorhin angesprochen hatten, in das Werben um Verständnis auch für die Position der Experten, der Verwaltung, um sie noch stärker in dieses Verfahren einzubringen und am Ende eine noch qualifiziertere Entscheidung treffen zu können. Ich glaube, Liudger Dienel hat mit den Bürgerräten ein gutes und kluges Format genannt. Aber es gibt natürlich auch noch ganz andere Beteiligungsformate, die man wählen könnte.

Ich denke, wir müssen das einfach gut zusammenbringen, und dann stärken diese strukturellen Änderungen die Debattenkultur in diesem Land, eine gegenseitige Hilfe sozusagen. Es ist nicht so, dass die Stärkung der direkten Demokratie automatisch dazu führt, dass der Parlamentarismus schwächer wird. Wenn man das richtig macht, profitieren wir alle davon.

(Beifall)

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank. – Ich freue mich, Frau Feyler, dass Sie aus Dresden angereist sind. Sie haben das Wort.

Gabriele Feyler (Initiative gesprächsbereit, Pirna): Vielen Dank, Herr Fuhrmann. Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen aus dem weiten Osten von meinen Praxiserfahrungen zur Demokratie, Partizipation und Entwicklung von mehr Mut, die Meinungsfreiheit zu nutzen, erzählen darf.

In der Einladung steht, dass ich aus Pirna komme, ich habe mich aber mit Dresden vorgestellt. Ich bin vor einer kurzen Weile in eine Region umgezogen, weswegen mich sehr viele bedauert haben. Pirna liegt in der Sächsischen Schweiz, im Bereich der „braunen Soße“. Man hat mich bedauert, dass ich es jetzt mit so vielen Nazis und Rassisten zu tun hätte.

In Pirna hat sich eine Initiative gegründet, die Aktion Zivilcourage e. V. Man ist zu den Menschen in die ländlichen Regionen gegangen, hat ihnen zugehört, ist mit ihnen ins Gespräch gekommen. Als ich nach Pirna gezogen bin, war ich platt von der Offenheit sowie der Freundlichkeit und Verbindlichkeit. Das habe ich in Dresden Stück für Stück mehr und mehr verloren, weil Dresden langsam eine anonyme und sehr internationale Großstadt wird.

Ich vertrete heute eine Basisinitiative, die Initiative gesprächsbereit, die eine prozessorientierte Arbeit an der Basis versucht, und zwar zur Partizipation und – das sage ich

noch einmal ganz deutlich als Ostlerin – zur Liebe zur Demokratie. Es ist wirklich so. Nach 40 Jahren Diktatur haben wir das sicherlich noch nicht gut gelernt im Osten, aber es gibt eine große Liebe zur Demokratie, und man will das ausprobieren. Aus diesem Grund haben wir uns in diese Gruppe gesprächsbereit hineinorganisiert. Wir versuchen etwas, was ich ganz gern von Anfang an mehr hereingebracht hätte, weil Sie von der Debattenkultur sprechen. Ich bin mit meiner Gruppe dabei, eine Streitkultur zu probieren, weil Streiten und Kultur sehr oft einen großen Gegensatz darstellen können. Die Frage ist, wie man streitet.

Ich möchte Ihnen nichts Theoretisches erzählen – ich bin auch keine Wissenschaftlerin –, sondern Ihnen anhand von drei Beispielen erläutern, was uns an der Basis gelungen ist und hoffentlich auch noch weiterhin gelingt.

Am Wochenende vor einer Woche moderierte die Initiative gesprächsbereit die Vernissage „Voll der Osten“ in der Dresdner Johannstadt, einem Viertel mit seit Kurzem hohem Ausländeranteil, mit Wohnblockbebauung der 70er-, 80er-Jahre, welches sich inzwischen wegen verschiedener Probleme des Zusammenlebens in die Aufmerksamkeit der Bürger schiebt.

Eine junge Würzburger Sozialarbeiterin im Kulturtreff Johannstadt hat zum 30. Jahrestag des Mauerfalls eine Fotoausstellung bei der Bundeszentrale für politische Bildung bestellt und war sich mit ihrem vierköpfigen, jugendlich-weiblichen Team nicht sicher, ob die Johannstädter diese Ausstellung annehmen würden und zur Eröffnung kämen. Es wurden kontroverse Meinungen zum Ausstellungsthema und damit Stoff für Streit vermutet. Deswegen war die Initiative gesprächsbereit zur Gestaltung und zur Moderation des Nachmittags herangezogen worden: Wird überhaupt jemand kommen? Ist dieses Thema an diesem Ort richtig platziert? Wird es verschiedene Meinungen von Besuchern überhaupt geben, und wird man diese aushalten können? Werden die Menschen miteinander überhaupt ins Gespräch kommen?

Ich war erstaunt über all diese Vorbehalte. Welche schlechten Erfahrungen mussten die Veranstalterinnen gemacht haben, dass sie die Vernissage von außen moderieren lassen wollten! Es hat sich dann herausgestellt, dass diese jungen Leute überhaupt keine Erfahrung hatten und deswegen unglaublich unsicher waren. Es waren dann über 50 Personen gekommen, die das Thema interessierte, und zwar erstaunlicherweise von Jung bis Alt, generationsübergreifend, Ostler wie Westler – das gibt es also heute immer noch, dass man sich so fühlt –, und sie konnten sich Texte und Fotos hinter Glastafeln aus dem Vorwende-Berlin, alles in nichtssagendem Grau und äußerst subjektiv formuliert, anschauen.

Man war sich vorher in einem Stuhlkreis sitzend näher gekommen. Jeder hat sich vorgestellt und sein Anliegen mit einem Wort geäußert. Das war der Eisbrecher. Es ging schwer, aber es ging, und unter den bis dahin Anonymen konnte sich langsam eine gemeinsame Basis herausarbeiten, auf der all die verschiedenen Meinungen später Platz fanden. Man hat tatsächlich kontrovers, besonders Ost gegen West und Jung gegen Alt, diskutiert und auch gewettert. Die Letzten verabschiedeten sich nach vier Stunden und fragten, ob diese außerordentlich heterogene Gruppe sich doch bald einmal wieder treffen könne.

Zweites Beispiel. In diesem Stadtviertel wird es Freitag dieser Woche den Auftakt zu einem größeren Stadtviertelprojekt über Vermüllung, Vandalismus, Lärmbelästigung und Wohnsicherheit in den Wohnhöfen geben. In 14-etagigen Wohnhäusern mit 40 Aufgängen werden die Bewohnerinnen in Farsi, Arabisch, Russisch, Tigrinisch und auch in Deutsch befragt werden. Nach der Bedarfsanalyse können wir dann hoffentlich in Gespräche und Dialoge mit allen Beteiligten einsteigen.

Diese beiden aktuellen Beispiele der Initiative gesprächsbereit haben meines Erachtens sehr viel mit Demokratie, mit der Entwicklung von Verantwortung und Partizipation, mit Subsidiarität und Zusammenleben vor Ort zu tun.

Zum Thema „Streitkultur“. Gestern Abend gab es in Dresden eine sehr hitzige Debatte. Es war die Reaktion von Menschen, die mit der Art und Weise, wie der sächsische Landesbischof vor Kurzem zum Rücktritt gebracht worden war, nicht einverstanden zu sein schienen. Sie haben sich in einem Kirchsaal getroffen und emotional vehement gestritten. Ich hoffe sehr, dass wir hier Partizipation bis hin zu Entscheidungen mit der Kirchenleitung hinkriegen. Wir haben gemerkt, wie verschieden die Einzelnen und ihre Bedürfnisse sind, die sie auch befriedigt sehen möchten. Allein ist das oft nicht möglich. Wenn man ins Gespräch kommt und im Gespräch bleibt, kann man wohl einen guten Weg miteinander finden.

Wir machen diese Erfahrung, seit wir mit Pegida in Dresden darauf gekommen sind, lieber mit den Leuten anstelle über die Leute zu reden, was uns verschiedene Ausdrücke und dann im Gespräch eventuell den richtigen Ausdruck finden lässt. Man wird aufeinander aufmerksam und fängt an, sich selber besser zu verstehen. Man beginnt, den anderen wahrzunehmen, und behält dann vielleicht einen Kontakt bei, aus dem mehr wird: eine Verbindung, ein Miteinander, Zusammenarbeit, was selbst unserem Ministerpräsidenten Kretschmer vor der Wahl viel Erfolg eingebracht hat.

Warum viele den Weg bei uns noch nicht gegangen sind, muss mit fehlendem Mut und Überwindungsängsten zu tun haben. Das sollten wir miteinander entwickeln. Wie kann man mutiger werden? Wie kann man über seine Ängste siegen? – Vielen Dank.

(Beifall)

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Zum Abschluss dieser Anhörung der Experten hat Ilan Siebert das Wort.

Ilan Siebert (Initiative Offene Gesellschaft e. V.): Ich bin aus Berlin, also auch aus einer mittlerweile multinationalen Stadt, angereist und bin dort für die Initiative Offene Gesellschaft e. V. tätig.

Vorab ein, zwei Worte, weil ich mich nicht lediglich als Abgesandter der Organisation verstehe, sondern als Mensch mit einer mehr oder minder entwickelten Persönlichkeit, aber auch als junger Mensch in dieser Demokratie, die sie jetzt gerade noch ist. Ich sage das bewusst so provokativ; denn wir haben die Situation, dass aktuell 60 % der Bevölkerung nicht mehr zufrieden mit unserem demokratischen System ist. Sie fühlen sich nicht mehr wohl in der Demokratie, die gerade stattfindet. Das ist das Ergebnis

der FES-Studie aus dem Jahr 2019, die in Bonn durchgeführt worden ist. Das Ergebnis finde ich mehr als besorgniserregend.

Das kann man das auch sehr gut festmachen, wenn man sich die Struktur von Parteien anguckt. Ich möchte dieses Thema der Partizipation bewusst so aufgreifen und nicht danach fragen: „Wann können wir den Bürger wo und wie beteiligen?“, sondern: Wie ist eigentlich unser demokratisches Grundverständnis?

Der Rückgang von Parteimitgliedschaften, aber auch in Vereinen und sonstigen alten Institutionen unserer Gesellschaft ist sehr bemerkenswert. In den beiden großen Volksparteien SPD und CDU, wenn man sie noch so nennen möchte, liegt der Altersdurchschnitt mittlerweile bei fast 60 Jahren. Das halte ich für kein zukunftsträchtiges Modell, vor allem wenn man bedenkt, dass gerade einmal 3 % der Bevölkerung in diesem Land Mitglied in einer Partei sind. Das müssen wir bedenken, wenn wir die parlamentarische Demokratie weiterentwickeln wollen. Alles, was ich sage, sage ich vor dem Hintergrund der Überzeugung, dass wir genau diese brauchen. Es ist somit als wohlwollende Kritik gemeint, auch wenn es hier und da vielleicht etwas polemisch wirkt. Das liegt einfach in meiner Natur. Die Frage vorab muss lauten: Wo stehen wir eigentlich? Was passiert hier gerade?

Die Initiative offene Gesellschaft wurde vor drei Jahren ins Leben gerufen und unter anderem von Professor Harald Welzer gegründet und hat von Anfang an danach gefragt: Wie wollen wir als Land sein, und welches Land wollen wir werden? – Das ist eine sehr zukunftsgerichtete Frage. Wir haben viele Formate mit alternativen Gesprächsangeboten durchgeführt, zum Beispiel den Tag der offenen Gesellschaft. Warum? Weil wir glauben, dass Menschen ins Gespräch kommen müssen.

Ich möchte einen kurzen Rückblick auf meine Geschichte geben. Ich war selbst schon Mitglied einer demokratischen Partei, und ich war auch schon Mitglied in einer proeuropäischen NGO. Ich habe mich aus beiden zurückgezogen. Natürlich kann man sich jetzt fragen: Wenn Demokratie für ihn einen so großen Wert darstellt, wieso tut er das? – Die Frage ist durchaus relevant. Mir geht es nicht darum, zu sagen, ich sei derjenige, der die Lösung hat, sondern es geht darum, zu überlegen: Welche Systematik steckt dahinter, dass es vielen Menschen so geht?

Ich denke, es geht um zwei Aspekte. Das eine ist die interne Debattenkultur, und das andere ist der wahnsinnige Aufwand, den man als Individuum betreiben muss, wenn man sich in dieses Feld begeben möchte. Das heißt, die Zeit, das Geld, sprich alles, was man investieren muss, ist für viele Menschen einfach nicht zu schaffen.

Ich bin froh, in der Initiative offene Gesellschaft zu arbeiten, wo man nach anderen Gesprächsformaten sucht. Wir haben festgestellt, dass das super ist, wenn man Leute zum Tag der offenen Gesellschaft einlädt, Tische herausgestellt werden und Menschen miteinander ins Gespräch kommen. Es ist aber nicht wirksam. Das ist ein Riesenproblem. Einfach miteinander zu sprechen, ist schön, es reicht aber leider nicht aus. Die Menschen sind durchaus interessiert, vielleicht nicht gerade daran, wie Umweltschutz links und rechts vom eigenen Wohnort betrieben wird, aber vielleicht am

Tempolimit, an der Rundfunkgebühr oder an Fragen des Einwanderungsgesetzes oder der Abtreibung. Die Themen, die medial viel besprochen werden, sind diejenigen, an denen die Menschen auch teilhaben wollen.

Da dies natürlich nicht reicht, sondern Menschen auch ins Handeln kommen müssen, hat die Initiative offene Gesellschaft den Fokus hin zum Handeln verschoben. Wir sollten nicht nur debattieren und mögliche Sichtweisen darlegen, sondern wir müssen zusehen, dass Menschen anfangen können zu arbeiten. Dafür haben wir die „Offene Gesellschaft on Tour“ in Kombination mit den Labs initiiert. Das bedeutet, wir fahren jeweils vier, fünf Tage durch zehn verschiedene Städte, sprechen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort Menschen an, bieten eine Ausstellung an einem öffentlichen Platz dar und bringen Menschen ins Handeln. Es geht also um die Frage: Was sind die konkreten Fragestellungen vor Ort, und wie sieht in einem ersten Konzept die Umsetzung eigener Lösungsangebote seitens der Bürgerinnen und Bürger aus?

Dabei sehen wir, dass gar nicht so viel Neues entsteht. Das finde ich auf der einen Seite schön und auf der anderen Seite beängstigend. In Schwerin gab es zum Beispiel den Vorschlag, eine Sommeruniversität ins Leben zu rufen, weil die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger merkten, dass es dort, in diesem Gebiet, an jungen Menschen fehlt. Eine Universität ist anziehend für Menschen, aber sie ist nicht so schnell ins Leben zu rufen. Wie sieht also der nächste Schritt aus? Daran wird jetzt auch vonseiten der Politik unterstützend gearbeitet.

Ich möchte ein zweites Beispiel anführen, das ich noch schöner finde, weil es zeigt, dass es nicht unbedingt auf neue Ideen ankommt, sondern eher auf den Austausch und eine tatsächliche Umsetzung. In einem Ort südlich von Berlin mit 20.000 Einwohnern ging es darum, wieder einen Bürgerhaushalt ins Leben zu rufen. Bürgerhaushalte sind zwar nicht das größte zu erreichende Ziel, aber eine Idee, die es bereits in der Politik gab und die jetzt von den Bürgerinnen und Bürgern wieder aufgegriffen und wiederbelebt wird. Das zeigt zum einen, dass die Gedanken der verschiedenen Akteure eigentlich nicht so weit voneinander entfernt sind, und zum anderen, dass, wenn man die Formate richtig designt, die Leute keinen Quatsch daraus entwickeln.

Das sind zwei Beispiele, die verdeutlichen sollen, wie wir arbeiten. Für das nächste Jahr planen wir ein Pop-up-Bürgerforum. Das ließe sich bestimmt auch auf die Landesebene übertragen. Wir wollen nämlich nicht nur darüber nachdenken, wie die nächsten 100 Jahre aussehen sollen. Es geht darum, wie man ein Experiment gestalten kann, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie es wäre, wenn im jetzigen Regierungsviertel mehr als nur Touristen wären, abgesehen natürlich von den Bundestagsabgeordneten, deren Mitarbeiter und der Pressekonferenz? Wie wäre es, wenn es einen Ort gäbe, an dem Bürgerinnen und Bürger zusammenkämen?

Dazu haben wir drei Formatstränge entwickelt. Ich denke, es ist ganz klug, verstärkt in solchen Strängen zu denken. Im Herbst des nächsten Jahres wird es natürlich um das Thema „Einheit“ gehen. Das ergibt nur Sinn und ist schlüssig. Wir brauchen aber eigentlich Begegnungsformate für Bürger, die nicht ergebnisgetrieben sind. Sie haben eben ein gutes Beispiel genannt. In dem Moment, in dem man sich in einer heterogenen Gruppe austauscht, ist das für viele Menschen schon sehr erfüllend. Außerdem

brauchen wir Handlungsformate, von uns als Labs bezeichnet. Wo können die Menschen tatsächlich ins Handeln kommen? Das heißt aber nicht – und das ist das dritte Format –, dass jeder, der handelt, die Demokratie bestimmen kann. Die Idee der Aushandlung ist durchaus wertvoll, aber man muss sich auch fragen – und in dieser Hinsicht sind wir von Mehr Demokratie und dem nexus Institut zumindest ideell Unterstützer –: Wie kann man Bürgerräte, also Los-basierte Formate, noch als Zweitmeinung in die parlamentarische Debatte einbringen, nachdem andere Bürgerinnen und Bürger vielleicht auch schon außerhalb der Parteien ein Agenda-Setting-Recht bekommen? – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank. – Das Schwierige an einem Round Table ist tatsächlich, dass man, wenn nicht alle im Kreis sitzen, einigen den Rücken zukehrt. Ich würde trotzdem gern in diesem Round-Table-Format bleiben, das Ganze aber ein bisschen öffnen.

Ich habe mir ein paar Stichworte aufgeschrieben, die ich gern als Einstimmung für die weitere Diskussion an die Wand hängen möchte. Ich habe versucht, aus Ihren Eingangsstatements Ansatzpunkte herauszuhören. Zum Teil waren sie bereits explizit enthalten, zum Teil habe ich sie hineininterpretiert. Seien Sie mir nicht böse, sondern betrachten Sie das eher als zusätzliche Hilfe.

Wir wollen jetzt in den nächsten Schritt gehen. Der Auftrag der Enquetekommission ist es schließlich, am Ende konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Je mehr konkrete Handlungsempfehlungen bereits in diesem Kreis formuliert und angedacht werden, umso einfacher können die Abgeordneten diese später aufgreifen.

Ich möchte die Zettel platzieren und vorlesen, und Sie können währenddessen überlegen, welche Punkte Sie gern noch vertiefen möchten. – Sie haben schon ein konkretes Anliegen, Frau Radermacher?

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Ich habe noch eine Bitte, die sicherlich auch auf eine Tafel gehört. Ich hatte mir etwas aufgeschrieben und das auch im Vorfeld schon angesprochen. Es geht um die Sprache. Wenn wir wollen, dass sich möglichst viele beteiligen, müssen wir so sprechen, dass zumindest die meisten uns verstehen. Wir sprachen über die Basis, über Gebildete und nicht Gebildete, Deutschsprachige, weniger gut Deutsch Sprechende. Wenn wir alle beteiligen wollen, sollten wir uns als Verwaltung, als Politik usw. einer Sprache bemühen, die verständlich ist.

Marianne Thomann-Stahl (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Detmold): Ich würde das gern ergänzen. Im Kern geht es doch um die Frage: Wie stärken wir die Debattenkultur? Die Gegenfrage lautet: Wie kommen wir besser mit den Leuten ins Gespräch? Ich kann Birgitta Radermacher nur zustimmen. Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler. Ich muss versuchen, meine Anliegen so zu formu-

lieren, dass möglichst viele mitreden können. Deswegen hatte ich auch zu Anfang gesagt, wir müssen uns anschauen, wer mitredet und wer nicht mitredet, und dann muss man Strategien entwickeln, wie wir diejenigen, die nicht mitreden, dazu bringen, sich zu beteiligen.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Ich schlage vor, die Runde zunächst fortzusetzen und weitere Anregungen zu sammeln, bevor ich die Stichwortzettel aufhänge. Wer von Ihnen das Gesagte aufgreifen oder einen neuen Aspekt einwerfen und das Thema weiter auffächern möchte, ist jetzt herzlich dazu eingeladen.

Hanna Ossowski (Kanzlerin der FHöV NRW, Gelsenkirchen): Ich möchte unterstützen, was zur Sprache gesagt wurde, aber auch noch einen Punkt aufgreifen, den Frau Radermacher zu Beginn ihres Statements angebracht hat. Sie haben gesagt, Sie seien in einer Familie aufgewachsen, in der das Debattieren dazugehörte, und Sie hätten versucht, das auch Ihren Kindern zu vermitteln. Ich habe das auch so erlebt. In meiner Familie war die Diskussion politischer Themen immer präsent, und so bin ich dann auch aufgewachsen, obwohl ich selber auch in einem nichtdemokratischen Land geboren wurde. Das ist aber nicht selbstverständlich, und deswegen war der Hinweis von Frau Thomann-Stahl auch richtig, dass wir versuchen müssen, auch diejenigen abzuholen, die das nicht aus der Familie mitgenommen haben.

Herr Siebert hat auch einen wichtigen Punkt angesprochen und gesagt, dass wir entsprechende Räume schaffen müssen – und das erreichen diese Initiativen, von denen Sie berichtet haben, auch –, um den jungen Menschen das näherzubringen und auch das Debattieren an sich beizubringen, diese Streitkultur, von der Sie gesprochen haben, vielleicht auch unabhängig von konkreten Themen und Ergebnissen. Das ist aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt.

Gabriele Feyler (Initiative gesprächsbereit, Pirna): Ich möchte noch etwas ergänzen. Ich merke immer wieder, dass man diesen jungen Leuten nicht unbedingt etwas beibringen muss. Sie wissen und können schon viel, aber sie haben nur wenige Möglichkeiten, um das umzusetzen. Es geht hier um Experimentierräume und darum, sie ernst zu nehmen, zu stützen, zu ermutigen und sie zu begleiten. Das stelle ich immer wieder fest.

Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin): Ich habe zwei Anmerkungen zu dem, was Frau Thomann-Stahl gesagt hat. Sie hatten sich zu den Fünfergruppen geäußert und gesagt, es sei schwierig, das in der Bauleitplanung umzusetzen.

> (Marianne Thomann-Stahl [Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Detmold]: Ja!)

Das stimmt, aber die Bürgerbeteiligung, die wir in den 70er-Jahren in der Bauleitplanung im Rahmen von Anhörungsverfahren rechtlich kodifiziert haben – und in den

80er-Jahren kam dann die Verbandsklage dazu –, ist ein Weg, der die Debattenkultur überhaupt nicht gestärkt hat. Ganz im Gegenteil: Das ist eine Art der Bürgerbeteiligung, die ursprünglich im Wesentlichen das Recht für Anlieger, Nein zu sagen, rechtlich kodifiziert hat, die sich informieren und dann widersprechen durften. Das haben wir rechtlich kodifiziert, und es führt zu einer enormen Verholzung von Entscheidungen, wie Sie es bereits beschrieben haben. Ein Beispiel ist der Berliner Flughafen. Die Tatsache, dass er nicht eröffnet worden ist, hat nichts damit zu tun, aber es gab 150.000 Eingaben gegen den Berliner Flughafen. Das heißt, würde man da jetzt wieder etwas aufmachen, dann wäre alles wieder auf null. Das geht gar nicht.

Das heißt, wir brauchen hier eigentlich in gewisser Weise wirklich weniger Bürgerbeteiligung; denn in dieser Beteiligung geht es letztlich um Partikularinteressen, sie ist egoistisch. Das ist durchaus berechtigt; denn in einer Demokratie geht es immer auch darum, dass Partikularinteressen nicht völlig negiert werden; zum Beispiel darf der Staat nicht meine Briefe oder meine Wohnung öffnen. Aber eigentlich geht es darum, dass sich Gesamtinteressen durchsetzen können, also das, was für alle gut ist. Das ist eine andere Rolle. Ich bin sozusagen nicht nur Anlieger, sondern ich bin Souverän. So steht es in der Verfassung.

Dieser zweite Typ der Bürgerbeteiligung kommt seit der Jahrtausendwende als frühzeitige gestaltende Öffentlichkeitsbeteiligung vermehrt zum Tragen. Das ist ein grundsätzlich anderer Typ von Bürgerbeteiligung. Es geht nicht mehr um die Beteiligung von individuellen Interessen, sondern hier werden der Bürger und die Bürgerin quasi als Souverän des Staates angesprochen, mitzuwirken, noch bevor die Pläne da sind. Diese Bürgerbeteiligung wandert – so erlebe ich es – Bundesland für Bundesland in die Gemeindeordnung. Es kommt zu einer Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingung im Hinblick auf die frühzeitige gestaltende Öffentlichkeitsbeteiligung, und zwar nicht nur beim Staat. Ein Beispiel ist die Richtlinie VDI 7000 zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten. Das ist heute einfach Norm. Das kann man einklagen. Daran muss man sich heute halten. Das ist aber erst – ich war damals auch daran beteiligt – 2016, 2017 eine Norm geworden.

Hier wiederum sind die Kleingruppen das Entscheidende. Nehmen wir einmal die 160 Bürgerinnen und Bürger des Bürgerrats. Die haben natürlich in unmoderierten Kleingruppen getagt. Günther Beckstein, ehemaliger bayerischer Ministerpräsident, hat die Moderation übernommen und dazu aufgefordert, Fünfergruppen zu bilden. Und dann bildeten sich Fünfergruppen. Das ist relativ einfach zu organisieren, und es ist sehr effizient, weil am Ende Dutzende von Gruppen miteinander ins Gespräch kommen. Am Ende kann man dann wieder in der Gesamtgruppe abstimmen.

Ich bin genauso wie Sie dafür, dass wir eine effizientere, schnellere kollektiv bindende Entscheidung brauchen, Stichwort „Systemkonkurrenz China“. Bisher waren die Demokratien immer die Reichsten und die Schnellsten. Das hat unsere Demokratien auch legitimiert. Jetzt sind wir – jedenfalls im Delta – im Zuwachs nicht mehr die Schnellsten. Das nagt natürlich an der Legitimität der Demokratie. Wir müssen wieder schneller werden. Dabei ist die frühzeitige gestaltende Öffentlichkeitsbeteiligung meiner Meinung nach der Königsweg. In dieser Hinsicht liegen wir nicht auseinander, sondern sind einer Meinung.

Alexander Trennheuser (Mehr Demokratie NRW, Köln): Ich will noch mal den Punkt mit der Sprache aufmachen, weil mir das gerade so durch den Kopf ging.

Welche Gesetze in Nordrhein-Westfalen richten sich von ihrem Anspruch her zentral an die Bürgerinnen und Bürger? Das sind die §§ 24, 25 und 26 Gemeindeordnung, also Anregungen und Beschwerden bis hin zum Bürgerbegehren. Das ist außerdem Artikel 68 der Landesverfassung, in dem das Volksbegehren geregelt ist, und es ist das Informationsfreiheitsgesetz.

Wenn Sie einen juristisch nicht vorgebildeten Bürger zur Verzweiflung bringen wollen, lassen Sie ihn diese Gesetze lesen. Sie sind von Ihrer Komplexität her mittlerweile so schwer zu lesen, dass man einfach nicht mehr sagen kann: Das sind die Gesetze für die Bürgerinnen und Bürger, die deren Rechte festlegen.

Mir ist natürlich klar, dass es Gesetze sind und diese anderen Anforderungen genügen müssen. Nichtsdestotrotz darf man die Frage stellen: Machen wir uns eigentlich genügend Mühe, mithilfe von Broschüren und Leitfäden zu kommunizieren und zu erklären und es somit auch denjenigen zu ermöglichen, diese Rechte zu nutzen, die nicht juristisch vorgebildet sind? – Ich behaupte, das tun wir nicht.

Ilan Siebert (Initiative Offene Gesellschaft e. V.): Wir sprechen jetzt darüber, wie die Gesetzestexte formuliert sind und ob wir sie ausreichend erklären. Das mag alles richtig sein. Aber wenn ich an meine Brüder denke, die beide in Lohn und Brot sind und Familie haben, denke ich auch daran, dass sie nicht lange über Partizipation nachdenken oder darüber, wie sie sich wo einbringen können. Sie sind froh, wenn sie einen Tag frei haben von der Arbeit, und dann war es das. Das heißt, es geht auch darum, sich die Zeit zu nehmen.

Ich möchte Ihnen gern ein positives Gegenbeispiel aus den Staaten nennen. In Boston wurde ein großer Pott Geld für Jugendbeteiligung aufgemacht. Das Geld durfte von den Jugendlichen selber ausgegeben werden. Es handelte sich also quasi um ein Bürgerbudget, das zur Verfügung gestellt worden ist. Wenn ich mich richtig erinnere, sind es über 1 Million $ gewesen. Es ging also wirklich um viel Geld, und das Schöne ist, dass nicht einfach darüber entschieden werden durfte, sondern es wurden die Vorschläge aller berücksichtigt. Die Jugendlichen durften über das Geld entscheiden, und diejenigen, die sich dafür starkgemacht haben, waren dann auch verantwortlich für die Umsetzung. Das ist ein sehr interessanter Case, der zeigt: Politik ist nicht nur das Entscheiden oder Entwerfen von Dingen, sondern es geht auch darum, wirklich in die Umsetzung einbezogen zu werden.

Ich bin daher ein bisschen ratlos, warum Millionen von Euro für Besuche des Deutschen Bundestags in Berlin ausgegeben werden. Parteimitglieder werden eingeladen, um Kaffee zu trinken, um es einmal ein bisschen despektierlich auszudrücken. Das Geld sollte vielmehr dafür verwendet, wirklich politisch zu handeln, statt sich wieder eine Broschüre durchzulesen und zu sagen: Oh, wie schön ist doch die Reichstagskuppel!

Ja, sie ist schön; das will ich gar nicht bestreiten. Aber Demokratie ist doch etwas anderes als das Kommunizieren von Gesetzen und das Informieren über Entscheidungen. Ich werde mittlerweile ein bisschen ungeduldig, wenn das immer wieder auf diese Ebene geführt wird, wo es doch weltweit schon so viele gute Beispiele gibt, wie man es besser machen kann.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Zur Formulierung von Gesetzen. Unser Grundgesetz hat eine unglaublich klare und gute Sprache, auch wenn das leider nicht immer berücksichtigt wird. Darin steht: Ich habe eine Freiheit, und die endet da, wo die Freiheit anderer tangiert wird. Was die Meinungsfreiheit angeht, darf ich zwar eine Menge sagen, aber ich muss mir auch eine Menge anhören.

Ich komme in dem Zusammenhang noch einmal auf Bernd Lucke und Thomas de Maizière zurück. Man kann gegen das sein, was diese Menschen sagen, aber sie haben das Recht, es zu sagen, ob es mir gefällt oder nicht.

Das Grundgesetz ist perfekt formuliert. Wir müssen das Debattieren lernen, und zum Debattieren – ich sage es noch einmal – gehört auch das Zuhören. Man muss den Menschen begreiflich machen, dass, wenn man sich die Gegenseite anhört, man nicht zwingend deren Meinung akzeptiert oder gar übernimmt.

Sie sprachen eben von der persönlichen Betroffenheit, genauer gesagt von den Straßenbaubeiträgen und der riesigen Anzahl an Unterschriften. Sie ist Ausdruck persönlicher Betroffenheit, die dazu führt, dass die Menschen aktiv werden. Ich habe dieselbe Erfahrung gemacht. Ich bin in die CDU eingetreten, als mein ältester Sohn geboren wurde. Es ging schlichtweg darum, dass in einen Fahrstuhl nur der Kinderwagen passte, ich passte nicht mehr hinein. Es ging um persönliche Betroffenheit, und ich dachte mir: Das kann so nicht sein, das musst du ändern. – Ist die Betroffenheit so tiefgreifend, findet man übrigens auch als Familienvater und Familienmutter Zeit, sich zu engagieren. Für all das, was einem auf der Seele brennt, findet man Zeit.

Es gibt nicht das eine Format, und es gibt nicht den einen Weg. Wenn man darüber debattiert, ob die Homoehe zulassen werden soll, muss man das anders angehen, als wenn es darum geht, eine Brücke planfestzustellen oder – ich sage es noch einmal – eine Energieleitung zu verlegen. Es bedarf somit verschiedener Formate.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank. – Wir haben jetzt noch eine Stunde und 15 Minuten Zeit. Ich hatte angekündigt, den Round Table für eine weitere Debatte zu öffnen. Mir ist aber auch wichtig, die gesamte Intelligenz im Raume zu nutzen. Nach den klaren Voten, in Fünfergruppen zu arbeiten, würde ich aber auch dafür gern ausreichend Zeit einräumen wollen.

Gibt es denn vonseiten der Abgeordneten konkrete Fragen, die Sie in diesem Kreis stellen wollen? Oder sehen Sie die Möglichkeit, das im Nachhinein einzubringen? Die Ergebnisse werden ja zum Zwecke der weiteren Verwendung in der Enquete dokumentiert. Sollte es jetzt konkrete Fragen an die Experten geben, bitte ich Sie, hier in den Kreis zu kommen, sich dazuzusetzen und von hier aus die Fragen zu stellen.

Ich habe noch eine Bitte an die geladenen Experten. Bitte versuchen Sie, Ihre Antwort möglichst auf den Punkt zu bringen, damit wir noch genügend Zeit für die Gruppenarbeit haben.

Ich schlage vor, wir sammeln jetzt die Fragen und diskutieren sie auch hier in diesem Setting.

Roger Beckamp (AfD): Sie hatten sich alle grundsätzlich für das Gespräch mit jedermann ausgesprochen. Ich finde es richtig und gut, dass man das Gespräch mit jedem sucht, sei die Meinung noch so anders als die eigene.

Sicherlich trägt die AfD einiges zur Debattenkultur in mancherlei Richtung bei. Das gilt auch für die Schärfe. Die Wahrnehmung, die ich habe, betrifft mittlerweile fast alle Parteien. Morgen findet zum Beispiel eine Demo gegen eine Veranstaltung der AfD statt. Sogar die CDU marschiert mit, um diese zu verhindern. Es geht auch nicht darum, dass gesagt wird: Wir sind anderer Ansicht als die AfD. – Es geht darum, zu verhindern, dass Gespräche und Veranstaltungen stattfinden. Es soll nicht zugelassen werden, dass eine andere Ansicht, sei sie noch so anders, ausgesprochen wird.

Meine Frage an Sie lautet: Wo ist für Sie die Grenze?

Ilan Siebert (Initiative Offene Gesellschaft e. V.): Ich möchte darauf antworten. Wir sprechen vor allem über Bürgerbeteiligung, und Bürgerbeteiligung ist eben keine parteipolitische Beteiligung.

Ansonsten kann man sich auf das Grundgesetz berufen und auf das, was davon gedeckt ist. Alles andere ist nicht gedeckt. Das heißt aber, dass auch inhaltlich durchaus scharfe Meinungen und scharfe Wege der Argumentation ihren Platz finden müssen. Natürlich ist das eine Frage der Moderation, wie man das einfängt. Es gibt viele Bürgerbeteiligungsprozesse oder Gesprächsrunden, die nahezu explodieren, wo es nicht zu einer höheren Zugehörigkeit kommt. Frank-Walter Steinmeier hat das sehr schön erklärt. Er hat gesagt, das Wort Zugehörigkeit besteht aus „zuhören“ und „gehört werden“. Ich finde, das ist eine sehr schöne Erklärung.

Darüber hinaus denke ich, dass es in der Parteipolitik durchaus das Recht gibt, die Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu verweigern.

(Roger Beckamp [AfD]: Das war nicht der Punkt! Die Zusammenarbeit! Es soll verhindert werden, dass eine Meinung geäußert wird!)

Marianne Thomann-Stahl (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Detmold): Nein, das würde ich anders gewichten. Sie können Ihre Veranstaltung machen. Die Kollegin Radermacher hat das bereits gesagt. Sie können alles sagen, was vom Grundgesetz gedeckt ist. Aber umgekehrt steht es auch allen anderen völlig frei, dagegen zu sein und das auch zu demonstrieren. Auch das ist vom Grundgesetz gedeckt. Insofern geht es nicht darum, Ihre Aussagen zu verhindern, sondern eine andere dagegenzustellen.

Hanna Ossowski (Kanzlerin der FHöV NRW, Gelsenkirchen): Ich denke, eine gute Streitkultur ist, wenn man auch gegensätzliche Meinungen zulässt und grundsätzlich darüber diskutiert. Eine Grenze ist immer dann erreicht, wenn Emotionen hinzukommen – denn über Gefühle lässt sich schlecht streiten – oder wenn historische Tatsachen geleugnet werden. Dann macht man sich unglaubwürdig, und die Diskussion ist dann schnell am Ende.

Aus meiner Sicht muss es in einer guten Streitkultur aber auch möglich sein, über Werte und gegensätzliche Vorstellungen zu diskutieren.

Roger Beckamp (AfD): Ich möchte das noch einmal präzisieren. Ich spreche nicht davon, dass eine Gegendemo stattfindet und es heißt: Wir finden das falsch, wir finden das schlecht. – Das ist das Tolle in diesem Land. Sie können für und gegen alles Mögliche sein, und das auch laut. Das ist völlig unproblematisch. Das machen wir schließlich auch gerade.

Ich spreche davon, dass Meinungen nicht zugelassen werden sollen. Das ist der besondere Unterschied. Es geht nicht darum, dass gesagt wird: Diese Meinung ist falsch, schlecht oder dumm. Veranstaltungen bzw. Meinungsäußerungen Dritter – und ich beziehe das auf Parteipolitik, weil es mich unmittelbar betrifft – sollen schlichtweg verhindert werden. Das haben wir noch und nöcher – ich weiß nicht, wie es sich im Regierungsbezirk Detmold verhält; in Düsseldorf gibt es das definitiv und auch ganz deutlich in Köln –, dass Antifa und andere diese Meinung aktiv verhindern, und zwar durch Gewalt, Schreierei, Pöbelei usw. Ich habe das mehrfach erfahren.

Die Frage ist: Was muss man dagegen tun? Wer muss dagegen laut werden? Das vermisse ich in der Diskussion. Wenn unsere Autos angezündet werden – das passierte vor Kurzem in Krefeld –, dann gibt es keinen Aufschrei aus der Mitte der Gesellschaft. Ich frage mich, inwieweit diese Debattenkultur nur für ein bestimmtes Meinungsspektrum zugelassen wird.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Ich wollte jetzt keine parteipolitische Diskussion führen.

(Roger Beckamp [AfD]: Das ist ein Beispiel!)

– Ja, ich möchte ein anderes Beispiel anführen. Ich denke, vom Ergebnis her sind wir uns alle einig.

Das Beispiel stammt aus meiner Zeit als Polizeipräsidentin. In Wuppertal fand eine Pegida-Demonstration statt, und es waren auch Leute von Pro NRW dabei. Es ging um das Zeigen der Mohammed-Karikatur im Zuge des Landtagswahlkampfs. Jedenfalls kam des Öfteren die Forderung, sowohl von der Stadtspitze als auch aus der Stadtmitte, solche Kundgebungen/Demonstrationen zu verbieten. Immer wieder wurde gefragt: Warum verbietet die Polizei das nicht?

Ich musste es so oft erklären. Die Polizei hat nichts zu genehmigen und insofern auch nichts zu verbieten. Wir haben nach dem Versammlungsgesetz gar nicht das Recht, eine Demonstration zu verbieten. Wenn überhaupt, hat das Verfassungsgericht dieses

Recht. Das Verfassungsgericht kann sagen: Was du da tust, zum Beispiel wenn Mohammed-Karikaturen gezeigt oder irgendetwas geleugnet wird, ist verboten, und das darfst du auch nicht laut sagen. – Das hat die Polizei nicht zu entscheiden.

Ob uns die Thesen, die da gebrüllt wurden, gefallen haben oder nicht, stand nicht zur Diskussion. Wir mussten diese Versammlung, diese Kundgebung schützen. Wir konnten Wege kooperieren, wir konnten Zeitpunkte erörtern. Wir konnten die Versammlung, gleichgültig welchen Inhalts, jedoch nicht in die Walachei verlegen, weil die Öffentlichkeit gewahrt sein musste. In Wuppertal ging es um eine Demonstration gegen eine Großmoschee. Damals habe ich gesagt, das Zeigen der Karikaturen ist meiner Auffassung nach nicht zielführend für die Meinungsäußerung des Verbots der Moschee in Wuppertal. Daraufhin hat das Gericht gesagt, die Provokation sei einer Demonstration inhärent, und ich hätte das zu akzeptieren und diese zu sichern. Das führte dann zu einem erhöhten Polizeiaufgebot.

Tenor ist: Jeder darf seine Meinung sagen, es sei denn, ein Gericht verbietet es. Das nennen wir Gewaltenteilung. Das finde ich auch okay. Die Polizei kann das nicht. Die Polizei hat die Versammlung und damit die Meinungsäußerung zu schützen, und das tut sie auch. Das tut sie definitiv. Sie bekommt dafür ab und zu auch die Watschen, und dann heißt es: Wie könnt ihr zulassen, dass wer auch immer demonstriert? – Es gibt nichts zuzulassen. Wir haben die Demonstration zu schützen. Das ist, finde ich, auch ein großes Geschenk aus unserem tollen Grundgesetz.

Gabriele Feyler (Initiative gesprächsbereit, Pirna): In unserer Initiative suchen wir geradewegs die gegensätzlichen Meinungen, und wir fragen nicht – und das gehört auch nicht auf den Tisch –, wessen Parteiträger dahintersteht. Es geht um eine prozessorientierte, um eine lösungsorientierte Debatte, um Streit, sodass am Ende etwas Praktisches zum Tun, wie es mein Kollege gesagt hat, etwas Handlungsorientiertes dabei herauskommt. In Sachsen ist es gerade sehr schwierig, erst zu fragen: Woher kommst du? Wenn du von der AfD kommst, dann halt den Mund. – Wir versuchen, einen großen Schritt darüber zu machen, den Menschen zu sehen, das Thema zu sehen und miteinander Lösungen zu finden.

Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin): Das ist ein absolut berechtigter Punkt. Die Wortabschneiderei gegenüber der AfD ist ein Unding. Es gibt eine verfassungsmäßige Grenze bei bestimmten Behauptungen – das ist klar –, wo dann auch die Polizei einschreiten muss. Ich denke, die AfD hat von dieser in gewisser Weise Ungerechtigkeit der Behandlung an der Urne immer profitiert. Insofern stilisieren Sie quasi auch die Opferrolle. Aber ich gebe Ihnen trotzdem absolut recht, dass es ein Unding ist.

Allerdings sollten Sie auch das Niederbrüllen anderer – de Maizière wurde vorhin erwähnt – durch AfD-Mitglieder in Ihrer Partei auch stärker unterbinden. Sie können nicht einerseits sagen: „Man erteilt uns nicht das Wort“, und gleichzeitig gehört es zur Debattenkultur Ihrer Partei, andere quasi daran zu hindern, eine Rede zu beginnen. Das wurde bereits vom Bundespräsidenten thematisiert.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank. – Wir kommen zur nächsten Frage.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich möchte an die Partizipationsmodelle anschließen, die hier geschildert worden sind und die weltweit erprobt und auch als erfolgreich qualifiziert worden sind.

Ich habe früher einmal gelernt – da war ich noch jung –, dass es so etwas wie kommunale Selbstverwaltung in dem Umfang, in dem wir sie in Deutschland kennen, weltweit nirgends gibt. Das gibt es nirgendwo, dass wirklich von der Wurzel eine kommunale Selbstverwaltung existiert, mit Ratsarbeit, Bezirksvertretungen, mit der Möglichkeit, sich über Bürgeranträge, Bürgerbegehren, Bürgerauskunftsrechte und andere Formen der Partizipation auch ein Stück weit unabhängig von dem klassischen Parteiensystem einzubringen, wofür auch die Vielzahl von Bürgergruppierungen in den Räten spricht. In kleineren Strukturen ist das natürlich häufig einfacher als in Großstädten.

Warum promotet niemand in dieser Runde den Grundgedanken dieser kommunalen Selbstverwaltung als Partizipationsmöglichkeit, sondern vertritt im Kern immer die Auffassung: „Wir müssen nach neuen Formaten suchen“?

Ich glaube – und das ist meine These –, ein Kernproblem und der Grund dafür, warum wir diese Partizipationsdebatte führen, ist, dass wir es eine ganze Generation lang für selbstverständlich erklärt haben, dass andere unsere Probleme schon lösen werden, und zwar auch auf kommunaler Ebene, dass wir uns als Bürger also gar nicht darum kümmern müssen und dass wir uns um unsere Selbstverwirklichung kümmern können. Nur dann, wenn die Selbstverwirklichung nicht eintritt, können wir das von Ihnen beschriebene Mechanismusthema von Bauleitplanung bis sonst wohin aus den 70er-Jahren angehen. Dann heißt es: Aber ich möchte da ein Straßenschild haben, und da wird zu schnell gefahren. – Allerdings sind 80 % derjenigen, die in dieser Anliegerstraße wohnen, diejenigen, die ihre eigenen schulpflichtigen Kinder zu schnell zur Schule bringen, weil sie zu lange am Küchentisch gesessen haben.

Dieses Phänomen ist im Grunde genommen sehr menschlich. Aber warum kehren wir nicht einfach zu den Wurzeln des Guten zurück und versuchen, das ein Stück weit zu modernisieren oder wieder attraktiv zu machen? Warum suchen wir immer in der Ferne, in der Fremde nach Neuem? Wäre es nicht sinnvoll, darüber nachzudenken, das wieder bekannt zu machen, da das vielleicht einen Wert hat?

Alexander Trennheuser (Mehr Demokratie NRW, Köln): Ich habe in meinem Beitrag nicht vom Stadtrat gesprochen, aber implizit schwingt das natürlich mit, wenn ich von kommunalen Bürgerbegehren spreche, weil ich das – ich möchte die Gelegenheit nutzen, das noch einmal klarer auszudrücken – immer als Ergänzung der Stadtratsarbeit ansehe. Nur so funktioniert das ganze Modell.

Das ist auch nichts aus der Ferne, sondern das hat sich in 25 Jahren Gemeindepolitik in Nordrhein-Westfalen etabliert. Stadträte verhalten sich oder verhalten sich nicht, und Bürgerinnen und Bürger reagieren darauf oder eben nicht. Das Schöne ist, dass das manchmal auch zurückspielt und Menschen, die anfangen, sich zum Beispiel über eine

Bürgerinitiative kommunal zu engagieren, später auch in die Kommunalpolitik einsteigen, sich bei der nächsten Kommunalwahl in den Parteien oder in neuen Wählergemeinschaften aufstellen lassen, dass sich das eben, wie ich es am Schluss gesagt habe, möglicherweise gegenseitig hilft und promotet.

Mein Eindruck von Themen aus 25 Jahren kommunalem Bürgerbegehren – aber das werden Sie sicherlich auch an anderen Stellen, nicht nur bei den kommunalen Bürgerbegehren erleben – ist, dass viele Bürgerinitiativen einen Abwehrkampf gegen den Abbau von freiwilligen Leistungen in den Kommunen führen. Das heißt, wenn wir dieses Thema stärker promoten wollen, müssen wir auch sicherstellen, dass die Kommunen finanziell so ausgestattet sind, dass es auch etwas zu promoten und zu entscheiden gibt.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Mir sind die 25 Jahre nicht genug. Ich glaube, dass diese 25 Jahre nur spiegeln können, was es bereits als Reaktion auf eine Ermüdungserscheinung gegeben hat, und das versucht man durch ein neues Instrument zu kompensieren. Aber dabei haben wir das alte Instrument völlig vergessen.

Fragen Sie einmal einen Bürger, was ein Stadtrat tut. Fragen Sie einmal einen Bürger, ob er sich selbst in eine öffentliche Ratssitzung setzt, wenn nicht sein Bebauungsplan oder sein Nachbarhaus betroffen ist, obwohl er es könnte. Partizipation setzt voraus, dass nicht jeder bequem Pay-TV guckt und sagt: Wenn ich nicht betroffen bin, gucke ich weiter Pay-TV.

Hanna Ossowski (Kanzlerin der FHöV NRW, Gelsenkirchen): Ich will Ihnen überhaupt nicht widersprechen. Im Gegenteil: Meine These war gerade, nicht nach neuen Formaten zu suchen, sondern für die Demokratie, in der wir leben – und das betrifft natürlich auch den kommunalen Bereich und die Möglichkeiten, die in Nordrhein-Westfalen gegeben sind –, mehr Werbung zu machen und mehr Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, also zu promoten.

Allerdings sollte es auch darum gehen, nicht zusätzlich dazu neue Formate zu finden, sondern das ein wenig niederschwelliger zu machen, Interessen zu bedienen, nicht nur wenn man persönlich betroffen ist. Das gilt auch für die Streitkultur und das Debattieren, was die Gesetze an vielen Stellen bereits ermöglichen, aber es muss eben auch darüber hinausgehen und noch niederschwelliger möglich sein. Dabei ist insbesondere das herauszustellen, was wir schon erreicht haben – das Grundgesetz wurde bereits erwähnt –, auch die gesetzlichen Möglichkeiten, die bereits im kommunalen Bereich vorhanden sind. Ich pflichte Ihnen sofort bei, dass wir darüber viel mehr sprechen und das viel stärker herausstellen müssten.

Ilan Siebert (Initiative Offene Gesellschaft e. V.): Ich bin der Erste, der Leute anpöbelt, wenn sie sich nicht demokratisch engagieren, sowohl in meiner Familie als auch außerhalb. Ich glaube sehr wohl, dass es schon viele gute Partizipationsmöglichkeiten gibt. Nichtsdestotrotz hilft uns das Beharren darauf, zu sagen: „Wir machen alles richtig, ihr müsst euch ändern“, nichts. Wir müssen es besser erklären, egal, wie man zur

Sozialdemokratie steht. Zu sagen, wir hätten seit 25 Jahren ein Kommunikationsproblem, ist eine schwierige Argumentation. Für alle Parteien gilt, dass sie keinen Rückhalt in der Gesellschaft haben.

Jetzt kann man sagen: „Wir sind aber nun einmal das Mittel der Wahl“, und man kann sagen: Wir entscheiden, welches das Mittel der Wahl ist. – Das habe ich leider oft erfahren. Ich freue mich deshalb über jeden, der sagt: Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie der Weg aussehen kann. – Das unterschreibe ich sofort. Aber bisher habe ich das nicht oft erlebt.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Sie müssen aufs Land ziehen! – Heiterkeit)

– Ja, vielleicht. Am Prenzlauer Berg fühle ich mich schon wie auf dem Land, aber das ist ein anderes Thema.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Die Strukturen, die wir haben, sind gut. Ich habe das eben in meinem Statement gesagt, als ich Brüssel, Berlin, Düsseldorf, die Mittelbehörde und die Stadtverwaltung genannt habe. Wer welche Kompetenzen hat, ist einfach schwierig nachzuvollziehen. Das muss man erklären. Genauso muss man erklären, wo welche Möglichkeiten der Teilhabe schon jetzt bestehen. Anders kommen wir, wie ich finde, erst einmal nicht weiter. Das sind großartige Instrumente, und es sind auch gute Wege, über die wir ins Gespräch kommen können. Die persönliche Betroffenheit werden wir wahrscheinlich nie verhindern können. Ich nehme als Beispiel noch einmal meinen Kinderwagen im Parkhausaufzug.

Es geht also darum, die Strukturen und Standards deutlich zu machen, auch dass irgendwann einmal Schluss ist mit der Diskussion und wir in bestimmten Themenbereichen Entscheidungen herbeiführen müssen.

Darüber hinaus ist es wirklich verdammt schwierig, manche Themen zu beherrschen. Als aktuelles Beispiel möchte ich die veränderte Klimapolitik und den vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohle heranziehen. Wir sprechen von der Zukunftsregion Rheinisches Revier, einem großen Gebiet. Dabei ist man mit den unterschiedlichsten Fragestellungen konfrontiert: Was passiert mit den Flächen, die zu rekultivieren sind? Was passiert mit den Flächen, die gar nicht erst abgebaut werden? Was passiert mit den Kraftwerken? Was passiert mit dem Beton?

Wenn ich mir die Struktur dazu ansehe – ich hätte Ihnen einmal das Organigramm mitbringen können –, wer dabei wie in welchem Rahmen mitreden will – in Klammern: es geht um viel Geld, und es geht natürlich auch um die Zukunft –, muss ich sagen: Um dieses Konstrukt nach außen hin verständlich zu machen, bedarf es einer juristischen Ausbildung oder zumindest eines Verwaltungsstudiums, weil das sonst niemand versteht.

Ich möchte auf Ihre Idee zu sprechen kommen, kleinere Gruppen zu bilden. Wenn so viele Menschen aus den unterschiedlichsten Funktionen mitreden wollen, ergibt sich eine Struktur, die man kaum nach außen vermitteln kann. Insofern werden dabei Entscheidungen herauskommen, die zwar nicht schlecht sind – ob die gut oder schlecht

sind, darum geht es gar nicht –, mit denen ich aber nicht alle da abholen kann, wo sie sich gerade befinden. Das ist einfach unmöglich.

Gabriele Feyler (Initiative gesprächsbereit, Pirna): Ich sehe hier überhaupt keinen Widerspruch. In unserer Initiative geht es darum, Lücken zu schließen, wo die kommunale Zusammenarbeit abgebrochen ist, zum Beispiel weil Menschen nicht gut verstehen – eigentlich sind wir eine Art Dolmetscher oder Übersetzer –, und Motivationsarbeit zu leisten. Für viele Bürger ist der Weg von unten nach oben einfach zu weit. Wenn eine kommunale Ebene sich nicht sofort einklinkt, dann suchen wir sie. Eigentlich geht es darum, die Demokratie zu stärken, und nicht darum, einen Extraweg zu gehen. Die Dinge, die Sie genannt haben, die Module und Möglichkeiten, sind sehr gut. Viele wissen nur nicht darum, und deshalb werden sie nicht gut genutzt. Manchmal sitzt auch jemand, der nicht kommunikativ ist, auf dem Posten. Wer soll dann helfen? Dann ist eine Initiative, die nicht lockerlässt und mit Gefühl, Begleitung und vor allen Dingen mit Geduld unterstützt, schon sehr erfolgreich.

Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel (nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, Berlin): Die kommunale Allzuständigkeit, zum Beispiel des Bürgermeisters, ist etwas Tolles. Da stimme ich Ihnen absolut zu, wobei das in anderen Staaten zum Teil noch weitergeht.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Der Rat!)

– Der Rat hat eine Allzuständigkeit.

(Dr. Marcus Optendrenk [CDU]: Aber nicht der Bürgermeister!)

– Entschuldigung. Da habe ich mich gerade nicht richtig ausgedrückt, wobei der Bürgermeister in der exekutiven Umsetzung schon eine kommunale Eilzuständigkeit hat, zum Beispiel im Katastrophenfall.

In anderen Ländern, zum Beispiel in Schweden, haben die Kommunen sogar noch etwas mehr Rechte, weil es keine Länder, sondern nur Regionen gibt. Ich bin nicht gegen die Abschaffung der Länder, aber klar ist, wenn es das nicht gibt, dann wandern sozusagen ein paar Kompetenzen von höheren Verwaltungseinheiten nach unten in die Kommunen.

Sie fragten danach, wieso wir nicht einfach so weitermachen können wie bisher. Ich denke, weil die Gesellschaft sich verändert hat. Sie haben selbst beschrieben, dass die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern heute intensiv, aber kurzfristig und sozusagen nicht als Lebensentscheidung stattfindet, nach dem Motto: Ich werde Mitglied in einer Partei. – Die SPD hatte einmal über 1 Million Mitglieder, allein im Westen, und jetzt sind es nur noch 400.000 Mitglieder. Vielmehr handelt es sich um eine radikal befristete Mitwirkung, aber mit einer echten Umsetzungschance.

Das sind die neuen Bürgerbeteiligungsverfahren, die über mehrere Tage einen Freiraum eröffnen. Da kann man auch die kompliziertesten Dinge miteinander besprechen und einer Lösung zuführen. Davon geht unsere Demokratie schließlich aus, sonst

könnten wir auch nicht vom Souverän ausgehen. Wenn also praktisch die verschiedenen Perspektiven vorgetragen werden, kann eine Entscheidung als Empfehlung gefällt und dem Rat oder praktisch auch der nächsthöheren Instanz vorgelegt werden, und nach vier Tagen ist wieder alles vorbei. Das ist ein Demokratieerlebnis. Dazu habe ich mit den Planungszellen Langfriststudien gemacht: Was ist in 5 Jahre, in 10 und in 15 Jahre? Die Menschen haben aufgrund einer solchen viertägigen Beteiligung, bei der sie erlebt haben, dass das, was sie gemacht haben, in ihrer Kommune wirklich zu einer Änderung geführt hat, eine völlig andere Haltung zur Demokratie.

Wir leben heute einfach in einer anderen Zeit. Wir verändern uns ja auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in unserem Kommunikations- und Arbeitsverhalten; Stichwort: Digitalisierung. Zu sagen, die Demokratie reagiere gar nicht darauf und es bleibe einfach alles so, wie es früher war, wäre nicht besonders adäquat.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Ganz so zugespitzt war die Frage sicher auch nicht gemeint. – Dann kommen wir jetzt zur letzten Frage für diese Runde.

Angela Freimuth (FDP): Das passt eigentlich ganz gut zu dem Ansatz, den der Kollege Optendrenk gerade in die Diskussion eingebracht hat. Ich habe verstanden, dass wir Beteiligungsmöglichkeiten, die bereits heute bestehen, nicht nur erklären müssen, sondern ich würde es für mich so zusammenfassen, dass wir sie für die Bürgerinnen und Bürger auch wieder stärker erfahrbar machen müssen. Es geht nicht nur um den „Erklärbär“, sondern um Erfahrbarkeit, die einem bewusst macht: Das ist meine eigene Lebenswirklichkeit, die ich hier mitgestalten kann.

Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich bei allen herausgehört, auf der kommunalen Ebene solle die Entscheidungskompetenz des Rates letztlich auch bestehen bleiben, und die Beteiligungsmöglichkeiten und die stärkere Einbeziehung, in welcher Art und Weise auch immer, beziehen sich sozusagen auf eine zusätzliche Beratung und eine Entscheidungsvorbereitung.

Mir stellt sich noch eine Frage, und ich hoffe, dass Sie noch ein paar Anregungen dazu geben können. Ich bin übrigens völlig d'accord, dass das Grundgesetz eine der besten Rechtsnormen ist, die es gibt, und wenn es das nicht schon gäbe, müsste man es heute genau so wieder verabschieden. Die Parteien haben eine herausgehobene Stellung im Grundgesetz zugewiesen bekommen. Ich bin jetzt auch schon etwas länger dabei. Mein politisches Engagement begann vor 30 Jahren, weil nur meckern keine zufriedenstellende Situationsbeschreibung war. Ich hatte den Wunsch, tatsächlich etwas zu verändern, und diese Möglichkeit gab es bei den Parteien und eigentlich bei allen, die ich damals im Wettbewerb beobachtet und begleitet habe. Es gab Veranstaltungsangebote, auch niedrigschwellige, an denen Bürgerinnen und Bürger teilnehmen und sich an den Entscheidungsvorbereitungsprozessen beteiligen konnten und auf diese Art und Weise genau diese Entscheidungsvorbereitung und Beratung mitgestalten konnten. So habe ich das jedenfalls damals beobachtet.

Welche Optionen gibt es aus Ihrer Sicht heute, zum Beispiel auch für die Parteien, genau diese Möglichkeiten wieder zu eröffnen?

Ich möchte an das anknüpfen, was der Kollege Optendrenk als seinen Eindruck geschildert hat. Denn zusätzliche, mit eigenen Verfahrensordnungen versehene Instrumente – das ist typisch deutsch – werden im Zweifel nicht zum Ziel führen. Das ist jedenfalls der Eindruck. Das Risiko ist groß, dass hinterher nicht alles ineinandergreift, sondern aneinander vorbeiläuft, und dann kommt wieder irgendein neues Instrument, das ebenfalls heilsversprechend ist.

Wie können wir reaktivieren, was von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes und auch von unserer Landesverfassung als dialogisches Verfahren angedacht war?

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf): Sie haben einen ganz wichtigen Punkt angesprochen, der auch in der Einladung erwähnt ist, den wir aber leider außen vor gelassen haben. Wir können natürlich daran denken, wie es früher war. Früher war alles aus Holz, heute ist alles digital. Wie das System von Social Media, die Vernetzung, die Möglichkeit, anonym irgendetwas in die Welt zu posten und innerhalb von Sekunden zu verbreiten, die Diskussionskultur oder die Meinungsäußerungskultur verändert hat, ist heute noch gar nicht Thema gewesen. Dazu habe ich jetzt auch keine großartige Idee. Aber das ist ein sehr wichtiges Thema; denn im besten Falle ist das Ergebnis eine konsensuale Entscheidung, und nur das, was im Konsens entsteht, hat letztlich auch Bestand. Wenn alle dabei sind, arbeiten auch alle am Erfolg mit.

Sie hatten mehrfach das Vertrauen erwähnt, dass nämlich das, was entschieden wird, auch möglichst schnell umgesetzt wird. Das wäre hilfreich; denn Vertrauen in die Ergebnisse ist wichtig dafür, dass es überhaupt Sinn macht, sich an einer Diskussion zu beteiligen. Wenn ich eine Entscheidung sehe – ob sie mir gefällt oder nicht, mag dahingestellt sein –, dann will ich auch, dass es eine Umsetzung gibt. Es geht also um zwei Dinge: Was macht „digital“, und wie schaffen wir Vertrauen?

Marianne Thomann-Stahl (Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Detmold): Ich möchte ein Beispiel aus der Praxis anführen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen einen Förderansatz Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte. Es bekommt nur Fördergeld, wer wirklich einen Prozess vor Ort initiiert, der sowieso parteiübergreifend, gruppierungsübergreifend dauerhaft installiert wird, mit einer gewissen Struktur versehen ist und einen Diskussionsprozess über die Entwicklung des Ortes initiiert und zum Ende bringt. Das dauert manchmal ein Jahr, manchmal zwei Jahre, aber es hat den Vorteil, dass man ganz viele Leute an einen Tisch bringen muss und ganz viele Gruppierungen an unterschiedlichen Dingen arbeiten. Das kann zum Beispiel die Kirche und die Kirchhofgestaltung, die Straßen- oder Marktplatzgestaltung betreffen. Alle müssen über einen langen Zeitraum zusammenfinden und zusammenarbeiten. Dabei gibt es natürlich Diskussionen und Streitereien. Manche steigen auch während des Prozesses aus, und neue kommen dazu. Aber es ist ein strukturierter Prozess, der am Ende in seiner Gesamtheit zu Ergebnissen führt. Denn nur dann bekommt die Kommune für diese Projekte viel Geld.

Das ist durchaus ein Anreiz zum bürgerschaftlichen Engagement, der nicht zu unterschätzen ist. Ich komme ziemlich viel herum und schaue mir die Ergebnisse und auch

die Diskussionsprozesse an. Dabei erlebt wirklich Debatte, Entwicklung und am Ende auch ein Ergebnis. Ich denke, das ist entscheidend. Das ist auch das, was Sie machen, Frau Feyler. Sie diskutieren auf niederer Ebene, wenn ich das einmal so sagen darf, über Bürgerschaft und Entwicklung und wahrscheinlich ohne viele Zuschüsse, aber in einer Gruppierung, die sich das selbst zum Ziel gesetzt hat. Das ist es, was zum Erfolg führt und was dann vielleicht auch dazu führt, dass die Parteien Zulauf bekommen, sprich Leute, die sich engagieren, also Ratsherren und Ratsfrauen.

Bei den Parteien muss aber auch eine gewisse Bereitschaft zur Aufnahme vorhanden sein. Ich möchte Ihnen von einem Gegenbeispiel berichten, das sich letzte Woche ereignete. Mich schrieb ein Ratsherr an, der vorher schon beim Landrat vor die Wand gelaufen war. Er beanstandete einen Beschluss des Rates, weil er selber 1987 in demselben Rat einen entgegenlautenden Antrag gestellt hatte, der damals angenommen wurde. Nun wurde dieser damalige Beschluss sozusagen widerrufen bzw. aufgehoben und durch etwas anderes ersetzt. Er wollte jetzt kommunalaufsichtlich klären lassen, ob das gilt oder nicht. Ich will damit sagen: Er sitzt schon so lange im Rat und hat keinen anderen reingelassen.

Die Aufgabe von Parteien ist aber auch, dafür zu sorgen, dass auch junge Leute, auch Leute mit Migrationshintergrund, endlich beteiligt werden, und das funktioniert über solche strukturierten Prozesse. Die muss man einführen, und die muss man auch durchhalten. Eine einmalige Veranstaltung mit Bürgern zu der Frage: „Was können wir in dieser Hinsicht tun?“ reicht nicht. Aber es muss natürlich auch jedem bewusst sein, dass Parteien so etwas nicht als dauerhaft strukturierten Prozess machen. Vielleicht muss man in der Tat über Formate im Ort nachdenken.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Mit Blick auf die Uhr möchte ich darauf hinweisen, dass wir gleich in den nächsten Schritt übergehen. Haben Sie noch eine Frage, oder einen Diskussionsbeitrag?

(Prof.’in Dr. Caja Thimm [Sachverständige EK III]: Ich habe noch eine Frage!)

– Sie haben eine Frage. Es kann sein, dass die Beantwortung der Frage zum Teil schon mit an die Wände wandert, sonst macht das zeitlich keinen Sinn.

Alexander Trennheuser (Mehr Demokratie NRW, Köln): Ich werde mich kurzfassen, sodass noch genügend Zeit für die Frage übrig bleibt.

Sie haben mich nicht ganz richtig verstanden. Mir geht es schon auch darum, dass Bürgerinnen und Bürger am Ende entscheiden können, dass es also nicht nur eine Beratung, sondern ein Mitentscheiden sein kann, aber nicht muss.

Damit komme ich direkt zum zweiten Teil Ihrer Frage: Wo sind die Parteien? Wo sind die Fraktionen? In meinem Modell der direkten Demokratie sind sie immer mit dabei, und zwar indem sich zum Beispiel Anträge erst einmal an den Stadtrat richten, der sich positioniert, der entscheiden muss und möglicherweise auch übernehmen kann.

In der Bürgerbeteiligung nach irischem Beispiel, das heute genannt worden ist, waren in dem einen Verfahren Parlamentarier bzw. Parteimitglieder beteiligt, in dem anderen Verfahren nicht. Das war auch immer ein Streitpunkt. Ich halte es für richtig, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier an diesen Verfahren beteiligt sind, weil sie Experten für die Umsetzung von politischen Prozessen sind und weil sie als Fachpolitiker häufig auch einen inhaltlich wichtigen Input liefern können. Ob sie dann mit in dieser Runde sitzen und gleichberechtigt mitentscheiden oder ob sie nur als Experten eingeladen werden, ist eine Frage, die man sich dann im Prozessdesign stellen muss. Wesentlich ist, dass die politischen Parteien in solchen Prozessen als Wissensträger unschätzbar wertvoll sind. Sie sind unheimlich wichtig, und daher sollte man sie auch tunlichst mit einbeziehen, statt zu sagen: Das ist jetzt nur für die Bürgerinnen und Bürger. – Das ist doch Quatsch. Die Menschen, die in Parteien organisiert sind, sind genauso Bürgerinnen und Bürger wie alle anderen auch.

Prof.'in Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Seien Sie mir nicht böse, dass ich das sehr formalisiert finde. Ich muss dazusagen, dass ich selber Wissenschaftlerin bin. Ich bin aber auch sachverständiges Mitglied in der Kommission und somit stimmberechtigt.

Ich möchte gern weg von diesen formalisierten Prozessen. Wir haben hier in der Enquetekommission auch schon darüber diskutiert. Wir wissen, dass die freiwillige Bürgerbeteiligung zehnmal besser ist als die vorgeschriebene. Ich würde gern auf die Debattenkultur zu sprechen kommen. Sie haben es bereits angeschnitten: Entweder man schreit sich nieder, man macht sich im Netz nieder, oder man redet gar nicht mehr miteinander.

Ich würde die Frage an Sie gern ganz offen stellen. Es gibt das Künast-Urteil, es gibt verschiedene Fälle, in denen Politiker ihre Bücher oder sonstige Ideen nicht präsentieren können. Ich würde gern wissen: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen der Debattenkultur und dem Netz, in dem sich die Menschen organisieren? Sie haben als Einziger darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir die junge Generation wollen, nicht nondigital argumentieren können. Wir müssen immer auch Mini-Publics, interne Organisationsstrukturen usw. berücksichtigen.

Ich will das jetzt gar nicht vertiefen, sondern ich frage Sie: Was ist aus Ihrer Sicht Debattenkultur? Wo liegt sie besonders im Argen, und welche Anregungen würden Sie uns geben, in der Enquetekommission konkret darüber zu diskutieren? Ich meine damit Best-Practice-Beispiele, in denen nicht alles formalisiert und geordnet ist und nach bestimmten Formaten abläuft. Das fände ich spannend.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Das ist die perfekte Überleitung; denn die Idee ist, die gesamte Intelligenz aller, die hier im Raum sind, für diese Fragestellung zu nutzen. Es geht im Kern um die Frage der Stärkung der Debattenkultur. Es geht darum – das war der Einladung zu entnehmen –, was das in der heutigen Zeit heißt, auch in Anbetracht der fragmentierenden Wirkung, die im Wesentlichen durch die sozialen Medien entsteht. Darüber hinaus geht es zentral um

die Rolle der Zivilgesellschaft dabei und darum, wie der Landtag Nordrhein-Westfalen darauf einwirken kann.

Ich möchte dieses starke Plädoyer, das du gerade eingebracht hast, nutzen. Ich weiß das Vorgehen ist nicht üblich, und es ist vielleicht auch eine kleine Zumutung. Sie sehen hier verschiedene Wände.

(Gabriele Feyler [Initiative gesprächsbereit, Pirna]: Fünfergruppen!)

– Fünfergruppen, genau. Es bleiben ungefähr 20 Minuten Zeit, bevor wir am Ende abschließend darüber sprechen.

In Münster haben wir Gruppen gebildet, indem wir durchgezählt haben. Das hat den Vorteil, dass sich die Gruppen schnell finden. Ich möchte das jetzt auch mit Ihnen machen. Meine Bitte ist, dass Sie sich an den Wänden zu der Frage austoben: Wo empfehlen Sie, anzusetzen, damit die landespolitische Debattenkultur gestärkt wird, und zwar mit einer antifragmentierenden Wirkung?

Die Idee ist, dass Sie sich zu fünft austauschen. Bitte benutzen Sie dazu das Papier. Ich werde gleich Stifte austeilen, und ich bitte Sie, Ihre Ideen und Fragen aufzuschreiben. Wir werden anschließend nicht mehr die Möglichkeit haben, alles ausführlich vorzustellen, aber ich werde Sie am Ende bitten, die aus Ihrer Sicht wichtigsten Punkte mit allen zu teilen. Ganz am Ende werde ich noch Klebepunkte verteilen, dann haben Sie die Möglichkeit, die empfohlenen Ansatzpunkte damit zu highlighten.

Wir beginnen jetzt mit dem Durchzählen und dem Bilden der Gruppen.

Ich werde die Wand hier vorne verwenden, um ein paar Zettel aus dem Gespräch von eben aufzuhängen. Ich verteile jetzt die Stifte, und dann haben Sie 20 Minuten Zeit für die Gruppenarbeit.

(Die Anwesenden verteilen sich auf Gruppen und begeben sich zu den aufgestellten Tafeln.)

Die Debatten sind so anregend. Dennoch muss ich Sie unterbrechen. Ich lasse jetzt die Klebepunkte rumgehen. Nehmen Sie sich bitte einen Klebepunkt.

Wir haben nicht mehr die Zeit, dass jede Gruppe alles vorstellt und die Diskussion dazu erläutert. Meine Bitte ist, dass sich aus jeder Gruppe eine Person bereiterklärt, den aus ihrer Sicht wichtigsten Ansatz oder Hebelpunkt, den Sie debattiert haben, hervorzuheben. Jede Gruppe hat dafür eine Minute Zeit, um diesen Einblick zu geben.

Wir beginnen mit Gruppe 1.

Alexander Trennheuser (Mehr Demokratie NRW, Köln): Ich lese die vier, fünf Punkte vor, die wir gesammelt haben. „Jugend debattiert“ stärken war ein Punkt, mit einem Spiegelstrich dahinter; denn wir wollen auch diejenigen erreichen, die nicht mehr in Schulen sind. Deshalb fiel noch das Schlagwort „Kommune debattiert“.

Den zweiten Punkt hat die Kollegin aus Detmold eingebracht: Fördersystematik an kommunaler und bürgerschaftlicher Zusammenarbeit orientieren (wo möglich).

Der dritte Punkt ist die „einfache“ Sprache zur Vermittlung von komplexen Sachverhalten. Das ist vorhin schon auf dem Podium angesprochen worden.

Der vierte Punkt ist die stärkere Sanktionierung von Bedrohungen und Morddrohungen im Netz. Der Eindruck ist, dass hier nicht genug passiert und dass das die Kommunikation in den sozialen Medien nachhaltig negativ beeinflusst.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank an Gruppe 1. – Sie können beim Zuhören bereits überlegen, ob ein Punkt dabei ist, den Sie super finden. Dann können Sie dort anschließend Ihren Klebepunkt anbringen.

Anna-Lena Wilde-Krell (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, SPD): Wir haben uns die Frage gestellt: Wie schafft man es, einen besseren Zugang zur Debatte und zu Informationen zu ermöglichen, sodass alle die gleichen Möglichkeiten haben? Das halten wir für einen zentralen Punkt. Eigentlich existieren in Deutschland bereits Standards und Systeme, die eine Debattenkultur ermöglichen.

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns war die Zufallsauswahl und die Möglichkeit, dass eine breite Bevölkerungsgruppe an Entscheidungen teilnimmt und dabei eine sachliche Auseinandersetzung stattfindet. Das kann durch eine neutrale Moderation gewährleistet werden. Wir waren uns in der Gruppe aber auch unsicher, ob eine Moderation sinnvoll ist oder nicht.

Zudem wurde die Zeitbeschränkung thematisiert. Ganz wichtig waren außerdem die Umgangsformen, sowohl analog als auch digital. Es darf keine Beleidigungen geben. Es wurde vorgeschlagen, bei sehr hitzigen Debatten eine Abkühlungsphase vorzusehen. Relevante Themen sollen zudem für Bürgerbeteiligung geöffnet werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist für uns, nach der Umsetzung auch die Wirksamkeit der Ergebnisse zu überprüfen und darüber zu informieren.

Ebenfalls für wichtig erachtet haben wir, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Zufallsauswahl, nicht der parlamentarischen Demokratie widersprechen müssen und eine Kombination aus direkter, partizipativer und parlamentarischer Demokratie möglich ist.

Paula Elsholz (Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Grüne): Wir haben uns zu Beginn vor allem über die Voraussetzungen ausgetauscht und gefragt: Welche Voraussetzungen braucht es, damit eine Debatte überhaupt gut geführt werden kann? Wo lernen wir den Austausch von Argumenten, und nach welchen Regeln erfolgt dieser? Wichtig ist zum Beispiel, den anderen ausreden zu lassen. Das sind die absoluten Basics, die es aber an der einen oder anderen Stelle heutzutage nicht mehr gibt.

Ein zweiter Aspekt bezog sich auf die Rolle der Medien. Wie schwer ist es, eine gute Debattenkultur zu haben, wenn wir uns nicht einmal über die Ausgangsbasis, zum Beispiel die Fakten, verständigen und sagen können: „Das ist wahr, und jetzt deuten wir das und kommen miteinander ins Gespräch“?

Wir haben vorhin viel darüber gehört, wie eine gute Debatte und Partizipation zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger stattfinden können. Wir haben gehört, wie sie zwischen Bürgerinnen und Bürgern stattfinden kann. Es ist unser Anliegen, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wie Politik mit Bürgerinnen und Bürgern eine gute Debattenkultur entwickeln kann.

Vielleicht fehlt es noch an Formaten oder anderen Dingen, um wirklich Brücken zu Bereichen zu schlagen, in denen Menschen mit Herausforderungen konfrontiert sind, wo sich etwas anstaut und es den direkten Bezug nicht gibt.

Hanna Ossowski (Kanzlerin der FHöV NRW, Gelsenkirchen): Gruppe 4 hat zunächst drei Punkte herauskristallisiert, was die Debattenkultur angeht: Motivation, Regeln sowie Entscheidung/Verbindlichkeit. Warum bringe ich mich in eine Debatte ein? Welcher Regeln bedarf es, damit ordentlich debattiert wird und am Ende ein verbindliches Ergebnis herauskommt?

Des Weiteren haben wir die Werteorientierung aufgeschrieben, weil wir der Meinung waren, dass auch das stärker hervorgehoben werden muss. Herr Minister Reul hat die Diskussion bereits im Polizeibereich angestoßen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass das auch in anderen Bereichen passiert.

Den Aspekt der verständlichen Sprache haben wir auch mit aufgenommen, und zwar als Abgrenzung zur einfachen Sprache, die noch etwas anderes ist. Es geht darum, die Formulierungen so zu wählen, dass sich alle, die zu beteiligen sind, angesprochen fühlen und keine Angst haben, sich zu beteiligen, weil sie der Meinung sind, nicht kompetent genug zu sein oder sich nicht gut ausdrücken zu können.

Der letzte Punkt ist, die Digitalisierung als Chance zu nutzen und nicht nur darauf zu gucken, was im Netz schiefläuft und worin die Gefahren und Risiken der Digitalisierung bestehen. Wie können wir die Digitalisierung für die Debattenkultur nutzen? In einigen Kommunen gibt es zum Beispiel ein schönes Projekt zur Online-Partizipation, das von den Hochschulen, unter anderem von unserer Hochschule, unterstützt wird.

Zum Schluss haben wir die frühzeitige Förderung aufgeschrieben. Wir müssen Kindern möglichst früh entsprechende Werte und ein entsprechendes Verständnis vermitteln und dieses fördern, damit sie von Anfang an mit der Debattenkultur heranwachsen.

Prof.’in Dr. Caja Thimm (Sachverständige EK III): Uns ging es auch um die Grundbedingungen und Voraussetzungen: zuhören, reden und Räume schaffen. Ein neuer und interessanter Aspekt ist der des Vertrauens. Es gibt sowohl kein Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politikern als auch unter Politikern. Es gibt also nicht nur eine Diskurs-, sondern auch eine Vertrauenskrise.

Zwei konkrete Projekte wurden kurz diskutiert. Es gibt ein aleatorisches Verfahren in etwas größerer Form, in dem man 300, 400 Bürgerinnen und Bürger aus NRW auswählt, die drei, vier Tage miteinander über die Frage diskutieren: Wer sind wir eigentlich in NRW? – Das finde ich eine schöne Idee.

Ein weiterer Aspekt ist, das Misstrauen im Bereich der Bürger-Diskurse. Offensichtlich kommen auch die Bürgerinnen und Bürger untereinander nicht mehr ins Gespräch. Vonseiten der Politik ist zu überlegen, Anlässe zu schaffen, um solche Diskurse zu initiieren. Das kann natürlich sowohl digital als auch analog stattfinden.

Moderator Dr. Raban Daniel Fuhrmann (Sachverständiger EK III): Herzlichen Dank an alle fünf Teams.

Ich habe die Ergebnisse aus dem Gespräch mit den Experten einmal an diese Tafel geschrieben. Es gibt fünf Hauptüberschriften.

Beim Thema der Stärkung der Debattenkultur ist es ganz grundsätzlich, zunächst im Diskurs zu bleiben bzw. den Diskurs dort zu suchen, wo er abgebrochen oder unbequem ist. Die grundsätzliche Haltung muss jedenfalls sein, den Diskurs nicht abreißen zu lassen.

Des Weiteren geht es um das Promoten und Bewerben der bestehenden Diskursmöglichkeiten. Vieles ist nicht bekannt und wird daher nicht genutzt. Ein wichtiges Stichwort in dem Zusammenhang war die Öffentlichkeitsarbeit. Es geht im Wesentlichen um Aufklärung und Information aufgrund der Komplexität. In gewisser Weise ist das also ein Bildungsthema.

Der Fokus lag heute insgesamt sehr stark auf der Stärkung der Debattenkultur durch Beteiligung. Das war aus meiner Sicht ein Faden, der sich überall durchzog. Es gibt eine Fülle von Strukturen und strukturellen Voraussetzungen, die zum Teil nicht bekannt oder verständlich sind. Diese müssen offengelegt und weiterentwickelt werden. Das betrifft das Verhältnis von repräsentativer, direkter und partizipativer Demokratie.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Systemvertrauen und auf der Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten. Die Debattenkultur soll durch eine Beteiligungspraxis und durch Beteiligungsverfahren gestärkt werden. Dazu gab es eine Fülle von Vorschlägen.

Last, but not least gab es einen, wie ich finde, charmanten Zugang. Die Rolle der Zivilgesellschaft kann sein, dort, wo sich etablierte Strukturen schwerer tun, einfach frech, frei und fröhlich hineinzugehen. Es geht darum, sich selbst freie Spielräume und Nischen zu schaffen, zu suchen oder zu füllen: die Zivilgesellschaft als jemand, der experimentieren und Neues einbringen kann.

Ich bin sicher, wenn wir das noch fortgeführt hätten, wäre noch mehr herausgekommen. Das Ziel des Round Table war es, das klassische Format zu weiten und die interne und die externe Expertise zu nutzen. Das haben wir, denke ich, heute geschafft. Ich bedanke mich bei allen, die mitgewirkt haben, insbesondere bei den externen Experten.

(Beifall)

Ich möchte mich aber auch bei den Abgeordneten der Enquetekommission dafür bedanken, dass sie sich auf dieses Experiment eingelassen haben.

Bevor Sie in die Pause gehen, nutzen Sie die Gelegenheit und nehmen Sie Ihre Klebepunkte. Sie können auch kumulieren, also zwei Punkte auf einen Punkt kleben. Setzen Sie die Akzente dort, wo Sie sehr gute Ansatzpunkte sehen und wo Sie der Meinung sind: Das sollte die Enquetekommission unbedingt aufgreifen.

Vorsitzender Dr. Stefan Nacke: Lieber Herr Fuhrmann, ich möchte Ihnen zum Schluss für die Moderation danken. Wir wollen Anhörungen spannend und interaktiv gestalten. Das ist uns heute sicher gelungen. Ich danke Ihnen für den Input und die Diskussionsbereitschaft.

Wir werden die Ergebnisse sichten und dann im Laufe des Prozesses auswerten. Die Enquetekommission wird ihre Arbeit noch etwa anderthalb Jahre fortführen. Irgendwann werden wir ein Ergebnis präsentieren können.

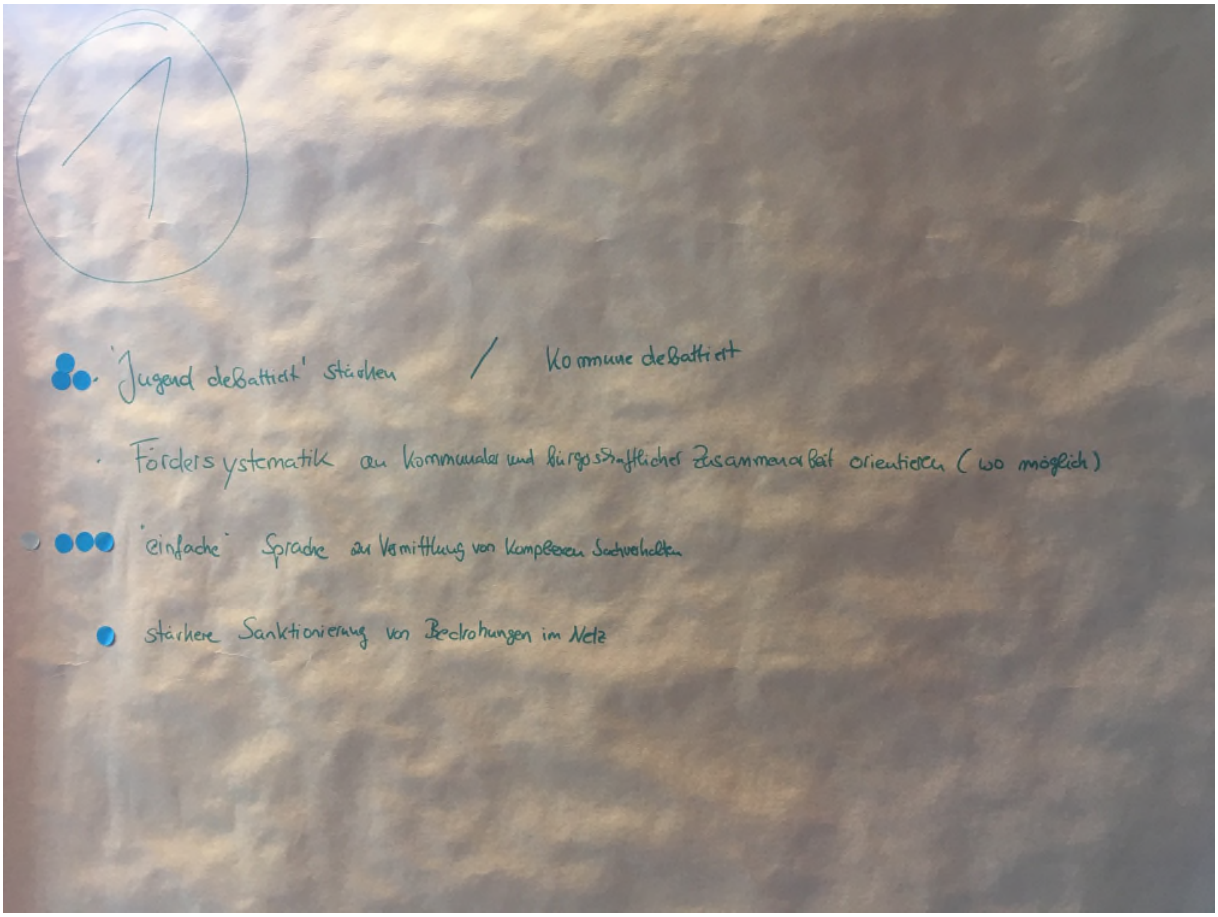
Herzlichen Dank fürs Mitmachen.

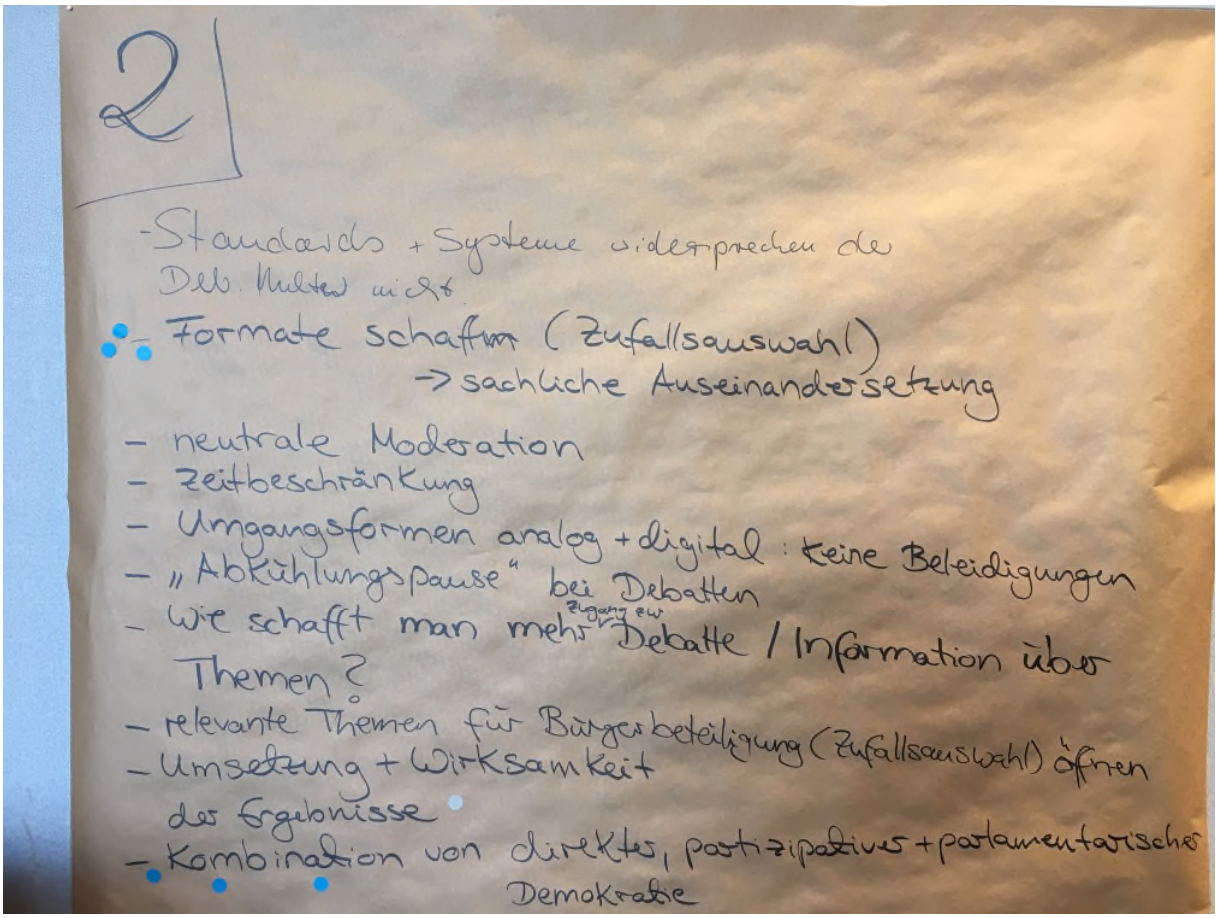
Ich schließe die öffentliche Sitzung.

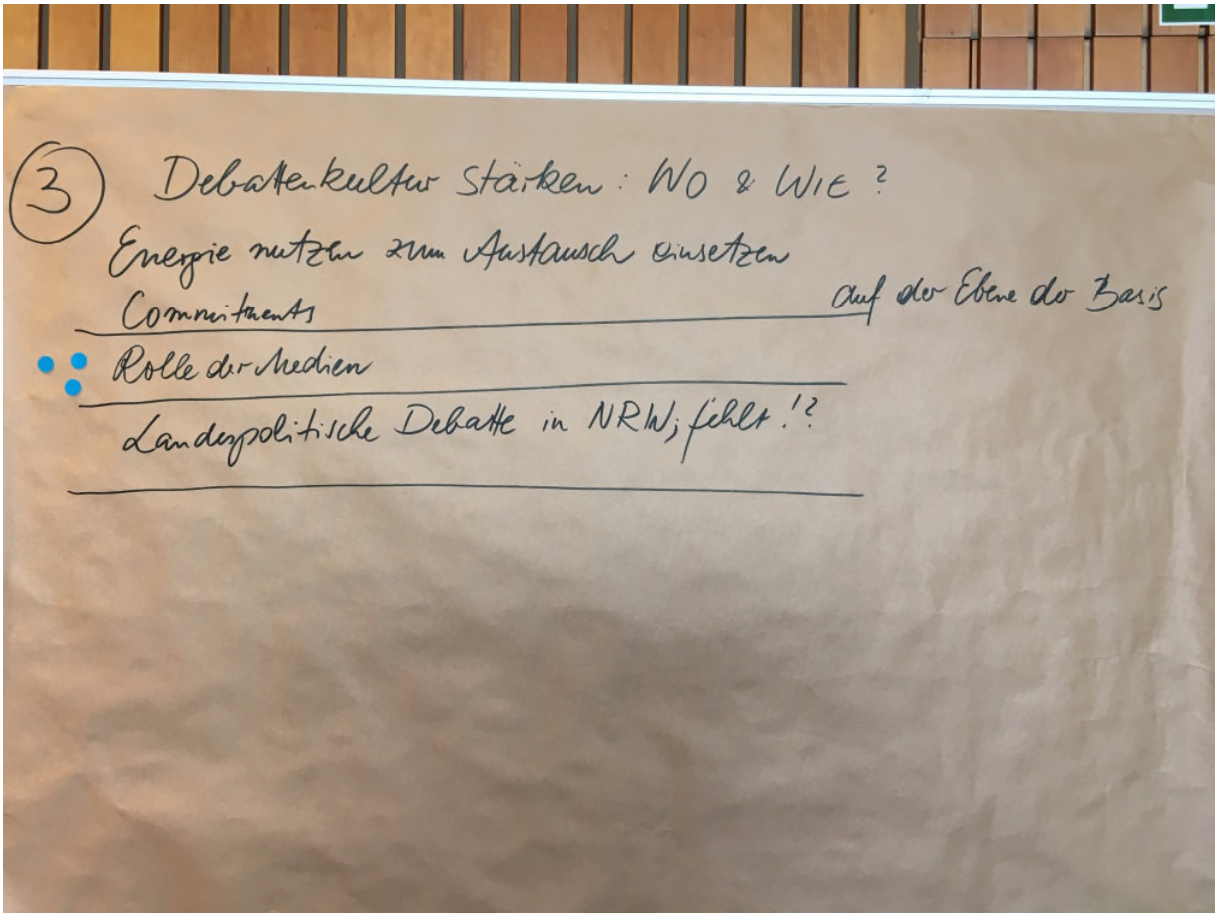
(Beifall)

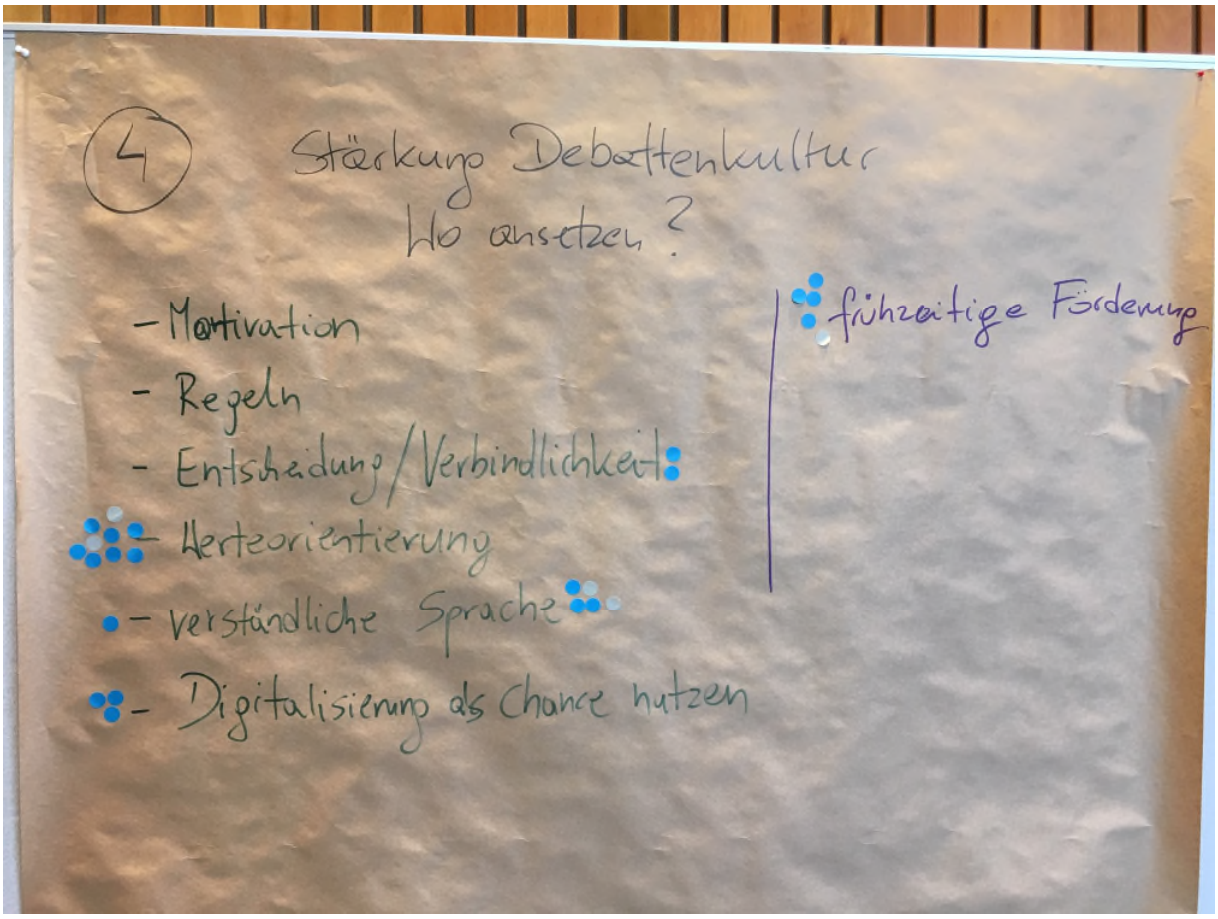
gez. Dr. Stefan Nacke
Vorsitzender

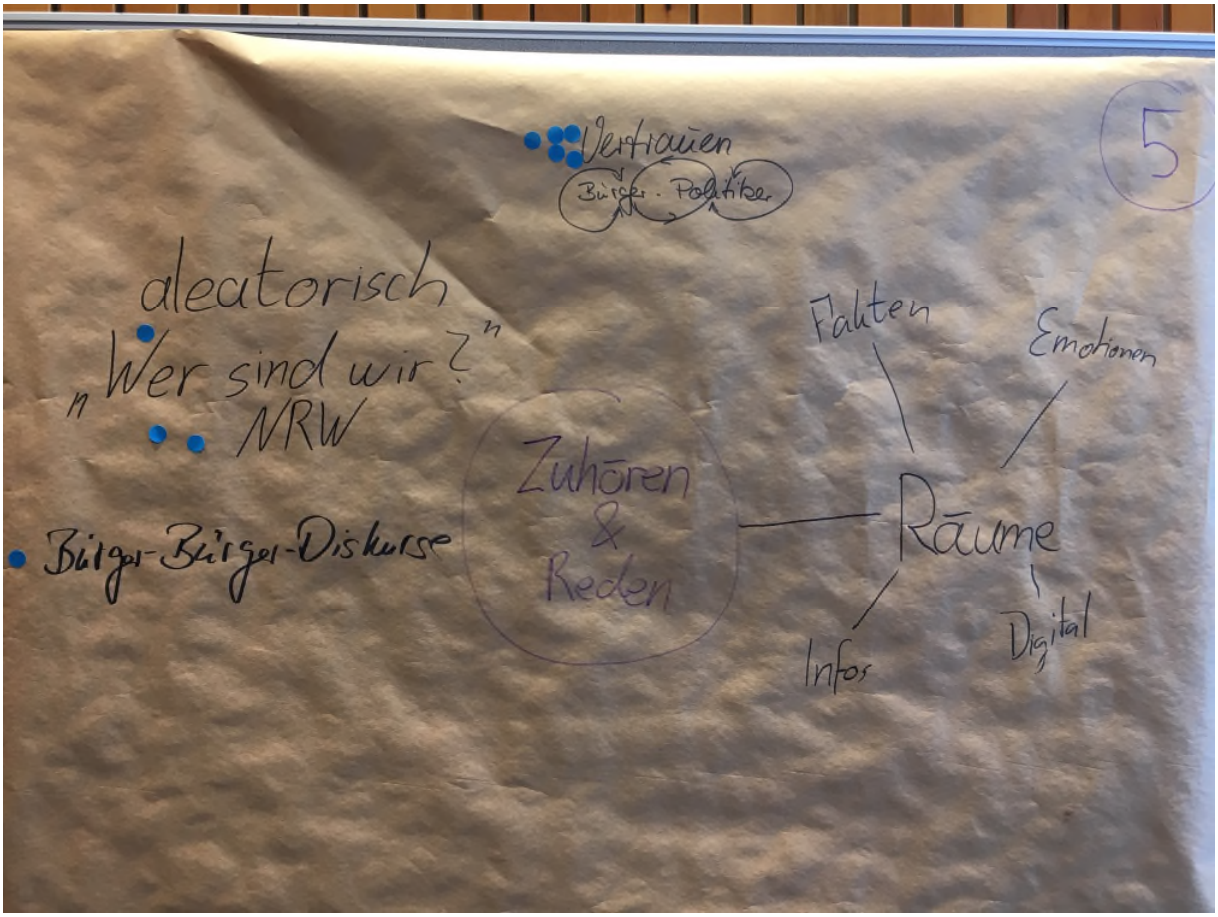
Anlage
07.11.2019/13.11.2019
50

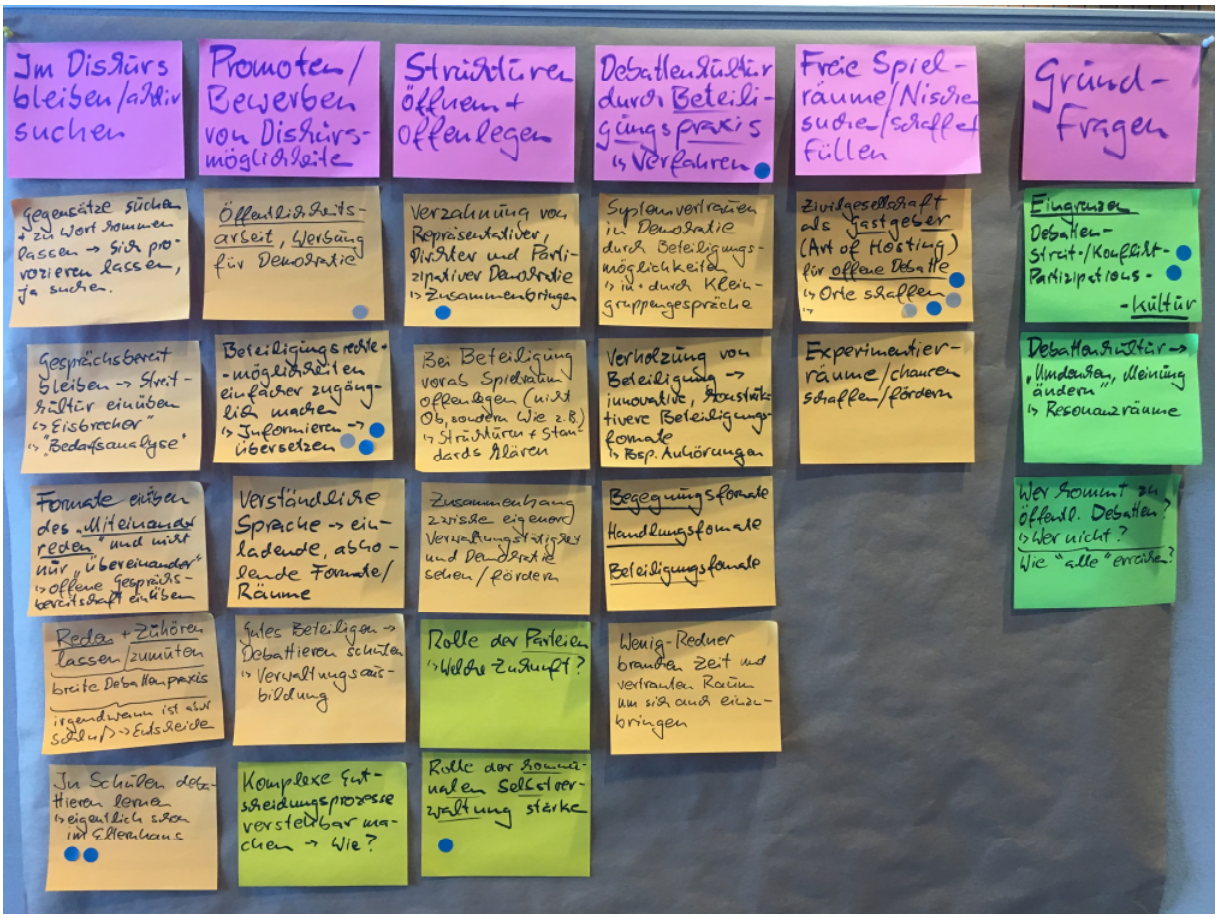

1
'Jugend debattiert' stärken / Kommune debattiert
Förderstematik an kommunaler und bürgerschaftlicher Zusammenarbeit orientieren (wo möglich)
'einfache' Sprache zur Vermittlung von komplexen Sachverhalten
stärkere Sanktionierung von Bedrohungen im Netz

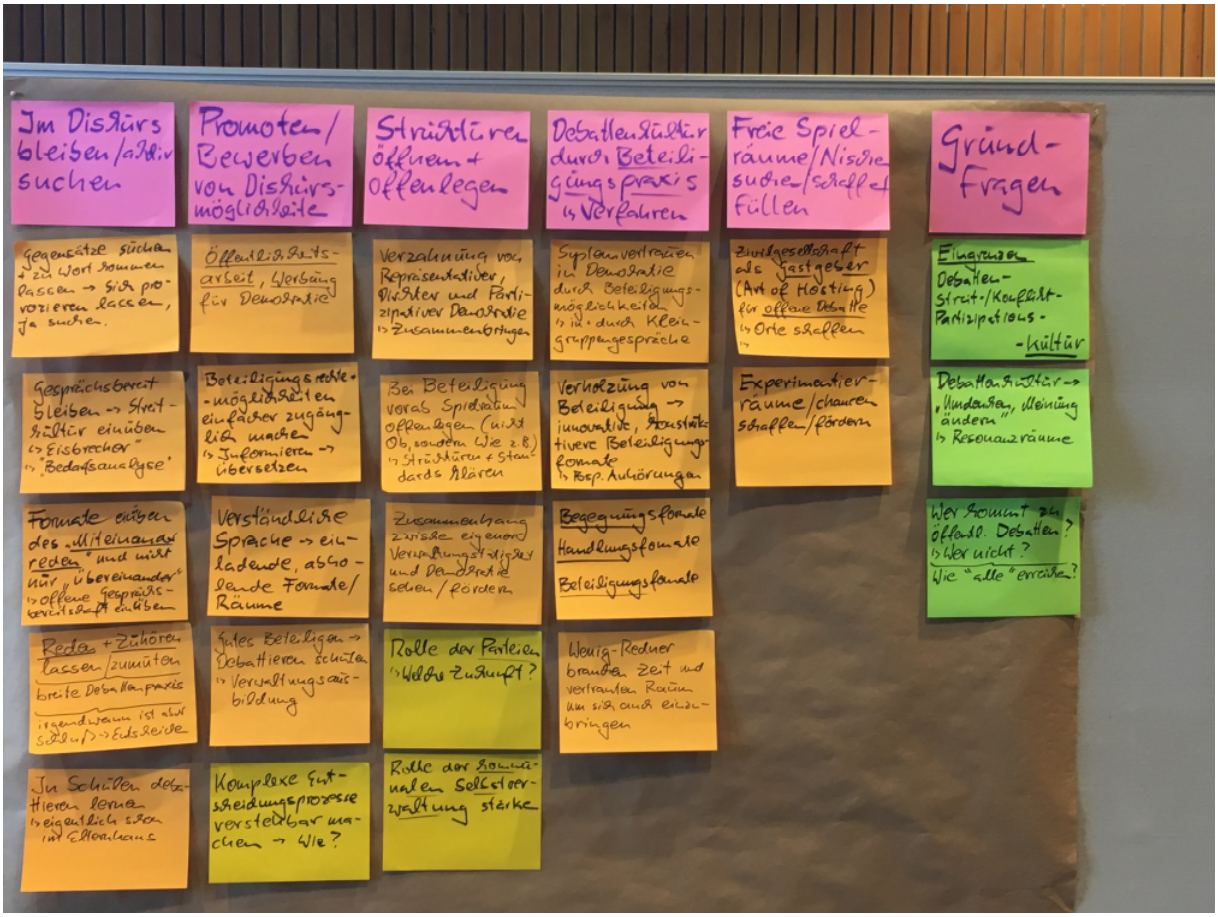

2
-Standards + Systeme widersprechen der Deb. Kultur nicht
Formate schaffen (Zufallsauswahl)
-> sachliche Auseinandersetzung
- neutrale Moderation
- Zeitbeschränkung
- Umgangsformen analog + digital: keine Beleidigungen
- „Abkühlungspause" bei Debatten
- Wie schafft man mehr Zugang zu Debatte / Information über Themen?
- relevante Themen für Bürgerbeteiligung (Zufallsauswahl) öffnen
- Umsetzung + Wirksamkeit der Ergebnisse
- Kombination von direktes, partizipatives + parlamentarischer Demokratie


3
Debattenkultur stärken: Wo & Wie?
Energie nutzen zum Austausch einsetzen
Commitments
auf der Ebene der Basis
Rolle der Medien
Landespolitische Debatte in NRW; fehlt!?


4
Stärkung Debattenkultur
Wo ansetzen?
- Motivation
- Regeln
- Entscheidung/Verbindlichkeit
- Herteorientierung
- verständliche Sprache
- Digitalisierung als Chance nutzen
frühzeitige Förderung


Vertrauen
Bürger - Politiker
5
aleatorisch
„Wer sind wir?"
NRW
Bürger-Bürger-Diskurse
Zuhören & Reden
Räume
Falten
Emotionen
Infos
Digital


Im Diskurs bleiben/aktiv suchen
Promoten/Bewerben von Diskursmöglichkeiten
Strukturen öffnen + offenlegen
Debattenkultur durch Beteiligungspraxis
Verfahren
Freie Spielräume/Nischen schaffen/füllen
Grundfragen
Gegensätze suchen + zu Wort kommen lassen → sich provozieren lassen, ja suchen.
Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für Demokratie
Verzahnung von Repräsentativer, Direkter und Partizipativer Demokratie
Zusammenbringen
System vertrauen in Demokratie durch Beteiligungsmöglichkeit
in + durch Kleingruppengespräche
Zivilgesellschaft als Gastgeber (Art of Hosting) für offene Debatte
Orte schaffen
Eingrenzen
Debatten-Streit-/Konflikt-Partizipations-Kultur
Gesprächsbereit bleiben → Streitkultur einüben
Eisbrecher
„Bedarfsanalyse"
Beteiligungsrechte-möglichkeiten einfacher zugänglich machen
Informieren → übersetzen
Bei Beteiligung voraus Spielraum offenlegen (nicht Ob, sondern Wie z.B.)
Strukturen + Standards klären
Verholzung von Beteiligung → innovative, konstruktive Beteiligungsformate
Bsp. Anhörungen
Experimentierräume/chancen schaffen/fördern
Debattenkultur →
„Umdenken, Meinung ändern"
Resonanzräume
Formate einüben des „miteinander reden" und nicht nur „übereinander"
offene Gesprächsbereitschaft einüben
Verständliche Sprache → einladende, abholende Formate/Räume
Zusammenhang zwischen eigener Verfassungstätigkeit und Demokratie sehen/fördern
Begegnungsformate
Handlungsformate
Beteiligungsformate
Wer kommt zu öffentl. Debatten?
wer nicht?
Wie „alle" erreichen?
Reden + Zuhören lassen/zumuten
breite Debattenpraxis
irgendwann ist aber Schluß → Entscheiden
Gutes Beteiligen → Debattieren schulen
Verwaltungsausbildung
Rolle der Parteien
Welche Zukunft?
Wenig-Redner brauchen Zeit und vertrauten Raum um sich auch einzubringen
Im Streiten debattieren lernen
eigentlich schon im Elternhaus
Komplexe Entscheidungsprozesse verstehbar machen → Wie?
Rolle der kommunalen Selbstverwaltung stärken


Im Diskurs bleiben/aktiv suchen
Promoten/Bewerben von Diskursmöglichkeite
Strukturen öffnen + offenlegen
Debattenkultur durch Beteiligungspraxis
Freie Spielräume/Nischen suche/schaffen füllen
Grundfragen
Gegensätze suchen + ein Wort nennen lassen → sich provozieren lassen, ja suchen.
Öffentlichkeitsarbeit, Werbung für Demokratie
Verzahnung von Repräsentativer, Direkter und Partizipativer Demokratie → Zusammenbringen
Systemvertrauen in Demokratie durch Beteiligungsmöglichkeit → u. durch Kleingruppengespräche
Zivilgesellschaft als Gastgeber (Art of Hosting) für offene Debatte → Orte schaffen
Einigungen Debatten-Streit-/Konflikt-Partizipations--Kultur
Gesprächsbereit bleiben → Streitkultur einüben → „Eisbrecher" → „Bedarfsanalyse"
Beteiligungsrechte-möglichkeiten einfacher zugänglich machen → Informieren → übersetzen
Bei Beteiligung vorab Spielraum offenlegen (nicht Ob, sondern Wie z.B.) → Strukturen + Standards klären
Verholzung von Beteiligung → innovative, konstruktivere Beteiligungsformate → Resp. Aufbrechungen
Experimentierräume/chancen schaffen/fördern
Debattenkultur → „Mindset, Meinung ändern" → Resonanzräume
Formate üben des „Miteinander reden" und nicht nur „übereinander" → offene Gesprächsbereitschaft üben
Verständliche Sprache → einladende, abholende Formate/Räume
Zusammenhang zwischen eigenem Verhaltensstil und Demokratie sehen/fördern
Begegnungsformate Handlungsformate Beteiligungsformate
Wer kommt zu öffentl. Debatten? → Wer nicht? Wie „alle" erreichen?
Reden + Zuhören lassen/zumuten breite Debattenpraxis → irgendwann ist aber Schluß → Entscheide
Faires Beteiligen → Debattieren schulen → Verfassungsausbildung
Rolle der Parteien → Welche Zukunft?
Wenig-Redner brauchen Zeit und vertrauten Raum um sich auch einzubringen
In Schulen debattieren lernen → eigentlich schon im Elternhaus
Komplexe Entscheidungsprozesse verständbar machen → Wie?
Rolle der kommunalen Selbstverwaltung stärken

Stand: 25.10.2019

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission III
"Debattenkultur durch Zivilgesellschaft stärken"

Montag, dem 28. Oktober 2019
10.00 bis 13.00 Uhr, Raum E 3 D 01

Tableau

Eingeladene Sachverständige/r	Teilnehmer/-innen
Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel Nexus Institut Berlin	Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel
Hanna Ossowski Kanzlerin der Fachhochschule NRW Gelsenkirchen	Hanna Ossowski
Marianne Thomann-Stahl Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Detmold	Marianne Thomann-Stahl
Alexander Trennheuser Mehr Demokratie NRW Köln	Alexander Trennheuser Amun Ahmadiar
Brigitta Radermacher Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf	Brigitta Radermacher
Maike Carius Initiative Offene Gesellschaft e. V. Berlin	Ilan Siebert
Gabriele Feyler Initiative Gesprächsbereit Pirna	Gabriele Feyler